

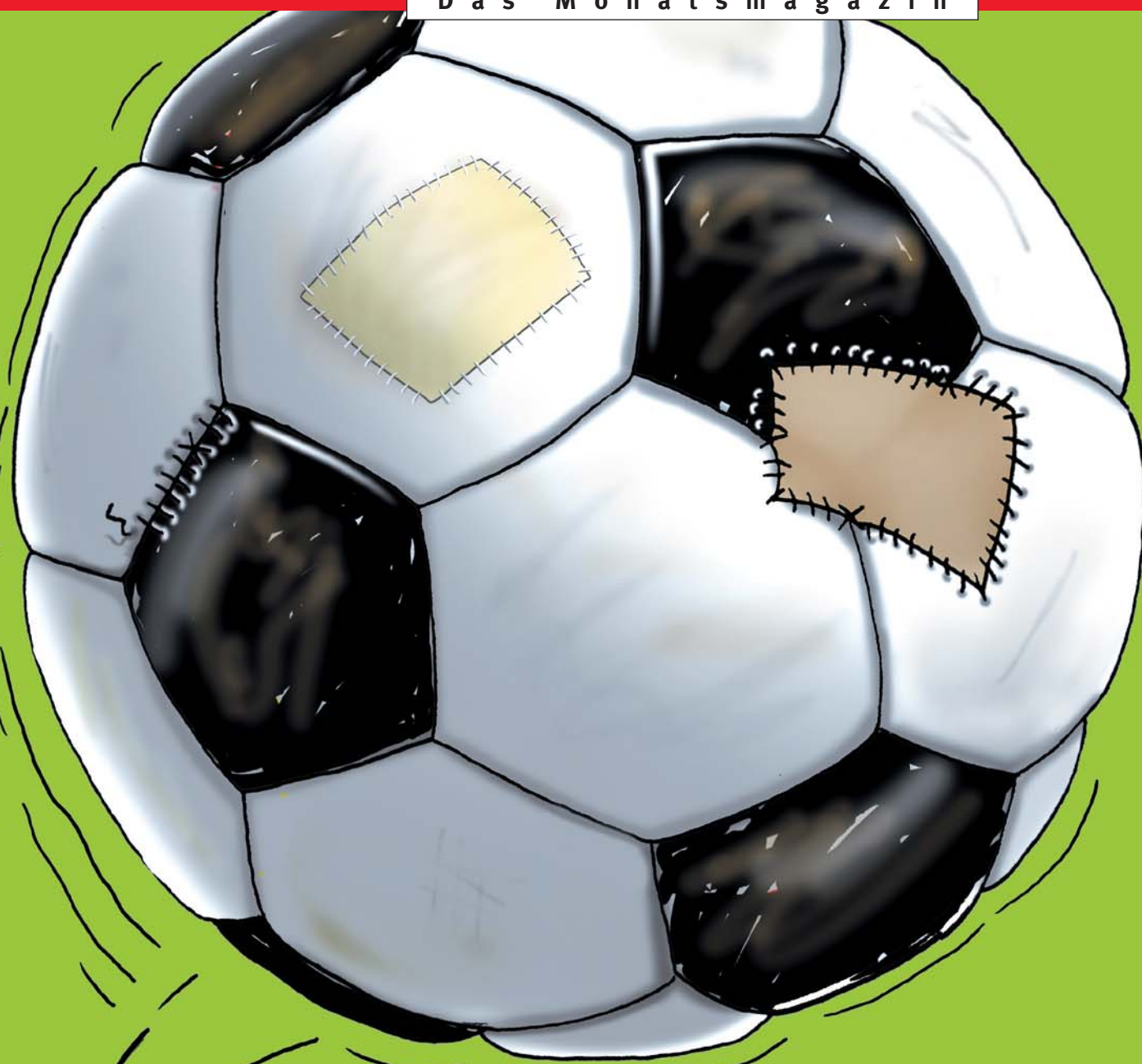
metall



Nr. 6

Juni 2006
Jahrgang 58
D 4713

Das Monatsmagazin



Fußballweltmeisterschaft 2006

Faire Spiele?



Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Der Staat braucht Geld – von den Reichen

Ich kenne niemanden, der gerne Steuern zahlt. Und dann kommt auch noch der neue SPD-Vorsitzende Kurt Beck und sagt, dass wir mittelfristig mehr Einnahmen für den Staat brauchen, denn mit der aktuellen Steuerlastquote von 20 Prozent könnten wir die Republik nicht mehr zukunftsfähig gestalten. Ein Sperrfeuer der Kritik aus der Wirtschaft prasselte über ihn herein.

Dabei hat Beck nur ausgesprochen, was längst alle wissen oder zumindest wissen sollten: Wenn Deutschland weiter in der ersten Liga der Wirtschaftsnationen mitspielen will, braucht der Staat Geld für Investitionen. Wenn die Binnenkonjunktur angekurbelt und dadurch Arbeitsplätze entstehen sollen, dann muss der Staat in die Infrastruktur investieren. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger schlägt die Alarmglocken und attestiert, dass in kaum einem anderen Land Europas so wenig Geld in die Infrastruktur gesteckt wird, wie bei uns. Unterm Strich wird die Infrastruktur in Deutschland sogar abgebaut, sagt er.

Die Frage ist also nicht so sehr, ob wir unseren Staat lebensfähig halten, sondern wer sich zu welchen Teilen daran beteiligt. Eines sollte jedem klar sein: Wer vermögend ist und ein sehr hohes Einkommen hat, der ist auf Kindergärten, gute öffentliche Schulen und leistungsfähige Krankenhäuser nicht angewiesen. Normale Arbeitnehmer hingegen sehr wohl.

Deshalb möchten sich die Reichen am liebsten gleich ganz aus der Finanzierung des Gemeinwesens verabschieden. Die Schritte, die jetzt in der Großen Koalition beschlossen wurden, tragen diesem Wunsch Rechnung. Abkassiert wird immer nur bei den Kleinen: Die Bergmannsprämie wird abgeschafft, das Kindergeld wird gekürzt, die Pendlerpauschale faktisch gestrichen, der Sparerfreibetrag praktisch halbiert und das ganze wird noch mit einer saftigen Mehrwertsteuererhöhung gekrönt. Glückwunsch. Soviel Umverteilung von unten nach oben gab es noch nie.

Ach ja, da ist ja noch die Reichensteuer: Der Spitzensteuersatz soll von 42 auf 45 Prozent steigen. Viele Koalitionspolitiker nennen es ein Symbol, damit man sieht, dass auch die Reichen sich beteiligen. Ich nenne es ein steuerpolitisches Feigenblatt. Nur zur Erinnerung: 1999 betrug der Spitzensteuersatz noch 53 Prozent.

Wenn man also genau hinschaut wird klar: Die Reichen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich geschont worden. Das ist der wahre Grund dafür, dass der Staat kein Geld hat. Eine gerechte Politik setzt aber bei denen an, bei denen was zu holen ist, bei den Vermögenden und nicht bei den Arbeitnehmern, den Bergleuten, den Pendlern und den Familien.

Jürgen Peters

»Die Reichen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich geschont worden. Das ist der wahre Grund dafür, dass der Staat kein Geld hat.«

Tarifrunde Textil

Nach der Metall- und Elektroindustrie gibt es auch für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie ab Mai mehr Geld.

Seite 4



Foto: FM



Foto: Frank Rognier

Betriebsräte im Spiel

Bei den Bundesligavereinen sind rund 31 000 Menschen beschäftigt. Aber nur wenige werden von Betriebsräten vertreten. **metall** stellt sie vor.

Seite 19

Polster im Alter

Wer in der Metall- und Elektroindustrie arbeitet, kann jetzt besser fürs Alter vorsorgen: Möglich macht das ein neuer Tarifvertrag.

Seite 26



Foto: ArtParts

Editorial

Jürgen Peters zur Steuerdiskussion:
Der Staat braucht Geld – von den Reichen 2

Magazin

Textil: Tarifrunde erfolgreich beendet 4
Peugeot Citroën: Bekenntnis zur Verantwortung 5
Opel, Bochum: Jugendvertreterin gegen Management . . 6

Interview

SPD-Vorsitzender Kurt Beck zur Lage seiner Partei 8

Titel: Fußball-Weltmeisterschaft

Arbeit statt Vergnügen 10

Serie

Datenschutz 14

Betriebsreport

Loewe, Kronach: Mit WM aus der Talsohle. 15

Fußball von unten

Metaller und Fußball – eine runde Sache 16

Fußballvereine

Fußball unterm Hakenkreuz 18

Betriebsräte in Fußballklubs 19

Report

Marktmacht Fifa 20

Porträt

Zu Besuch bei Ali Uzun 23

Ratgeber

Fußballbücher 24

Tarifvertrag

Altersvorsorgewirksame Leistungen 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom

Gerd Bosbach über
den Missbrauch mit der Demografie 30

Regionales

Aus den Bezirken 32

Lokales/Karikatur 35

Impressum/Leserbriefe 22

Titelillustration: Silvan Wegmann

Boss & Co zahlen deutlich mehr

Ab Mai gibt es auch in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie mehr Geld: zweimal eine Einmalzahlung von je 170 Euro, fällig Mitte Juni und Mitte August, und für Azubis je 85 Euro. Ab November erhalten alle 2,5 Prozent mehr Lohn. Im Mai 2007 werden noch mal zwei Prozent draufgesetzt, bis Ende Februar 2008.

Boss und Streiken – das passt zusammen, jedenfalls in Metzingen. Bei der Modefirma Hugo Boss waren am 10. Mai 1280 Beschäftigte kurzzeitig im Ausstand, die Hälfte davon Angestellte. Insgesamt machten mehr als 8000 Arbeiter, Angestellte und Azubis in Westdeutschland bei Warnstreiks mit – alle, die die IG Metall dazu aufgerufen hatte. In drei Städten kamen jeweils mehrere Hundert zu Kundgebungen und Demonstrationen. Dass es in dieser Tarifrunde um Menschen ging, die mit Stoff arbeiten, zeigten die Transparente: Das längste war 2000 Meter lang. »Ohne die sehr gute Betei-



Foto: RM

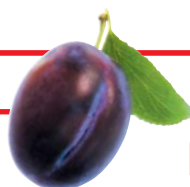
Protest in Heidenheim gegen die Verzögerungshaltung der Arbeitgeber: Durchbruch geschafft

ligung an den Aktionen hätten sich die Arbeitgeber nicht bewegt«, sagt IG Metall-Verhandlungsführer Peter Donath.

Die Arbeitgeber rückten von ihren Vorstellungen ab, unbe-

zahlte Mehrarbeit einzuführen und die Jahressonderzahlungen zu kürzen. In der Textilindustrie macht die Sonderzahlung 80 bis 100 Prozent des Monatsentgelts aus. Die Einmalzahlung kann je

nach Wirtschaftslage des Betriebs verdoppelt, aber auch verschoben oder gekürzt werden, außer für Azubis. In diesem Fall muss die Firma jedoch eine Beschäftigungszusage machen. ◀



PFLAUME DES MONATS

Ludwig Georg Braun

Einen Auszubildenden muss sich ein Unternehmen erst einmal leisten können, findet Ludwig Georg Braun. Der Mann ist Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und findet 18 000 Euro pro angehendem Facharbeiter und Jahr ganz schön happig. Also hat er lange nachgedacht. Hat er vielleicht die Lösung beim Besuch in einer gemütlichen mexikanischen Cocktail-Bar gefunden?

Stocherte Braun gerade Gedanken verloren im braunen Zucker seines zweiten Gratis-Caipirin-

has herum, als er auf die Lösung kam? Sein Vorschlag: »Happy-Hour beim Arbeitgeberverband. Das neue Lehrlingspaket, jetzt mit 30 Prozent mehr Inhalt.« Arbeitgeber, die einen Auszubildenden zusätzlich einstellen, so Brauns Schnaps-Idee, bekommen jeden dritten umsonst. Drei Azubis teilen sich das Gehalt von zwei. Hoffentlich verbringt der Mann seine Mittagspausen nicht beim Chinesen um die Ecke. Wer weiß, was ihm noch alles zum Angebot »All you can eat« einfällt? ◀

Verhandlungsergebnis nach zwölf Wochen Streik

CNH wird länger produzieren

In der Auseinandersetzung um das CNH-Werk in Berlin-Spandau und nach drei Monaten Streik zeichnet sich eine Lösung ab.

Mitte Mai wurde in zähen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt. Danach wird das Volumen für Abfindungen mehr als doppelt so hoch ausfallen als ursprünglich vom Unternehmen angeboten. Der geplante Schließungstermin wird um vier Monate auf Ende November 2006 verschoben. Die Fertigung von Straßenplaniermaschinen mit 22 Beschäftigten wird bis mindestens Ende 2008 in Spandau fortgesetzt. 333 Beschäftigte sollen eine Abfindung erhalten. Beschäftigte mit Anspruch auf Altersteil-

zeit werden von Kündigungen ausgenommen. CNH stellt für eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft zwei Millionen Euro bereit. Damit haben die Beschäftigten erheblich bessere Konditionen durchgesetzt. »Den Kollegen war klar, dass das Ziel, den Betrieb zu erhalten, unter den Bedingungen fast nicht zu erreichen war«, sagte Streikleiter Luis Sergio.

Im Raum steht weiterhin die Rückforderung des Berliner Senats von 70 Millionen Euro Fördermittel. Bürgermeister Klaus Wowereit bezeichnete den Streik der CNH-Mitarbeiter, der bei Redaktionsschluss noch anhielt, als richtig und wichtig. ◀

Gloria GmbH, Wadersloh

Waffendeal killt Jobs

Beate Kautzmann, die IG Metall-Bevollmächtigte von Oelde-Ahlen, konnte sich's einfach nicht erklären: Warum will Gloria, Europas führender Feuerlöscherhersteller im münsterländischen Wadersloh, nach Polen verlagern?

Um billiger zu produzieren, behauptet die Firma. »Glaube ich nicht«, dachte Kautzmann – und gab bei ISA Consult ein Gutachten in Auftrag. Das überraschende Ergebnis: Die Verlagerung von 300 der 395 Arbeitsplätze bis Ende März 2007 rechnet sich gar nicht. Hinter vorgehaltener Hand gibt die Firmenleitung sogar zu, dass sich ihre Planung frühestens nach zehn Jahren rentiert. Bis dahin zahlt sie drauf.

Was steckt also wirklich hinter den Verlagerungsplänen? Beate Kautzmann nahm Kontakt mit dem WDR auf. Der recherchierte und sendete am 15. Mai erstaunliches: Im Jahr 2002 kaufte die polnische Regierung vom amerikanischen Rüstungsunternehmen Lockheed Martin 48 F 16-Kampffjets zum Preis von 3,5 Milliarden Dollar. Als Gegen-

leistung für diesen Rüstungsauftrag – bei dessen Finanzierung Washington behilflich war – wurden der Regierung in Warschau Arbeitsplätze versprochen. Was hat das mit Gloria zu tun? Gloria gehört dem US-Konzern United Technologies (UTC), der nach eigenen Angaben vom F 16-Deal profitiert. Denn die UTC-Tochter Pratt & Whitney produziert die Motoren für den Kampffjet, sie hat deshalb in den USA Arbeitsplätze ab- und im

doch nicht tatenlos zusehen, wie zwischen Polen und den USA ein Waffengeschäft läuft, dem hierzulande 300 Arbeitsplätze zum Opfer fallen.« Noch stehen die IG Metall Oelde-Ahlen und der Betriebsrat von Gloria allein, doch erste Erfolge im Kampf um den Standort Wadersloh haben sie bereits erzielt: Zum einen gilt für Gloria wieder der Metalltarifvertrag NRW. Das bringt allen Beschäftigten auf einen Schlag 8,1 Prozent mehr Geld, denn die Fir-

»Zwischen Polen und den USA läuft ein Waffengeschäft, dem hierzulande 300 Arbeitsplätze zum Opfer fallen.«

Beate Kautzmann, IG Metall-Bevollmächtigte von Oelde-Ahlen

polnischen Rzeszów aufgebaut – und genau dort will auch Gloria hin. Ist die geplante Verlagerung also Teil des Koppelgeschäfts »kaufe F 16, will Jobs«? UTC und Gloria bestreiten das; Beate Kautzmann geht davon aus – und fordert, dass Berlin sich einschaltet: »Die Bundesregierung kann

ma muss die Entgelte aus dem Jahr 2003 – dem Zeitpunkt ihrer Tarifflicht – auf den Stand von 2006 bringen. Zum anderen gilt eine verbindliche Absprache, die bis Jahresende Kündigungen ausschließt. Gut für 39 Glorianer, die schon in diesem Jahr entlassen werden sollten. ◀

PSA Peugeot Citroën, Paris

Bekenntniss zur sozialen Verantwortung

Der Automobilhersteller PSA Peugeot Citroën hat sich in einer Vereinbarung mit der IG Metall und anderen nationalen Gewerkschaften, dem EMB und dem IMB verpflichtet, soziale Mindeststandards weltweit für alle Mitarbeiter einzuhalten und ihre Einhaltung auch von den Zulieferern zu verlangen.

»Peugeot Citroën will sich dieser Verantwortung stellen«, betont

Diego Gaspari, bei Peugeot Citroën zuständig für internationale soziale Angelegenheiten. Dort wo der Konzern präsent ist, verpflichtet er sich gegenüber den Gewerkschaften, grundlegende Menschen- und Arbeitnehmerrechte einzuhalten. Auch bei der Personalentwicklung will das Unternehmen Maßstäbe setzen, beispielsweise durch Weiterbildungsangebote. »Alle Mitarbeiter werden nach dem »Grundsatz

der Vielfalt und Chancengleichheit« behandelt«, erklärt Gaspari. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, begrüßte das Abkommen anlässlich seiner Unterzeichnung in Frankfurt. Peters: »Ich hoffe, dass Peugeot Citroën uns unterstützt, auch die Automobilzulieferer zu mehr sozialer Verantwortung zu bewegen.«

Die IG Metall hat mit 17 deutschen Firmen Rahmenvereinbarungen zur sozialen Verantwortung ausgehandelt und sich an den Verhandlungen in fünf weiteren internationalen Konzernen erfolgreich beteiligt. ◀

Während der Unterzeichnung: Diego Gaspari, Jean Simonin (Personalchef Deutschland), Jürgen Peters, Bernard Weill (Personalchef International, von links)

Foto: Frank Rumpenhorst



Außenansicht

Sozialforum

Ein anderes Europa

Viele Debatten auf dem Europäischen Sozialforum in Athen waren durch die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden inspiriert. Zahlreiche Veranstaltungen griffen diesen Widerstand gegen ein Europa des grenzenlosen Wettbewerbs auf.

In der »Charta der gemeinsamen Prinzipien für ein anderes Europa« verständigten sich Vertreter verschiedener Organisationen, Bewegungen und Gewerkschaften aus mehreren europäischen Ländern, unter anderem auch die italienische Schwesterorganisation der IG Metall, die Metallarbeitergewerkschaft Fiom, auf wichtige Eckpfeiler eines europäischen Sozialmodells. Die Charta setzt auf Solidarität statt auf Konkurrenz. Sozialen und Arbeitsrechten räumt sie Priorität gegenüber den Interessen der Wirtschaft ein und spricht sich für ein europaweites Recht auf Streik – einschließlich politischer Streiks – aus. Gewerkschaften und soziale Bewegungen lehnen die Lissabon-Strategie einheitlich ab. Viele Gewerkschaftsvorstände in der EU stehen allerdings noch hinter dem Verfassungsvertrag, obwohl dieser die Ziele der Lissabon-Strategie untermauert. Er würde Sozialabbau und Marktmacht zum europäischen Grundgesetz machen. Hier ist Verständigung nötig, denn spätestens mit der deutschen Ratspräsidentschaft wird das Thema EU-Verfassung wieder auf den Tisch kommen. ◀



Gerhard Klas ist freier Journalist und Mitglied des Rheinischen Journalistenbüros in Köln

Köpfe



Wolfgang Abendroth, einer der wichtigsten Staatsrechtler und Politikwissenschaftler der Bundesrepublik, wäre am 2. Mai 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass

hatten die IG Metall, der Herausgeberkreis der Schriften Abendroths und die Wissenschaftsvereinigung WissenTransfer zu der Konferenz »Arbeiterbewegung – Wissenschaft – Demokratie« in die Vorstandsverwaltung nach Frankfurt eingeladen. Von seinem Lehrstuhl in Marburg aus prägte Abendroth in den 60er und 70er Jahren nicht nur unzählige linke Intellektuelle, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, die er bewusst unterstützte. Auf die Gewerkschaften habe Abendroth



Aufmerksame Zuhörer: Jürgen Peters (links) und Jürgen Habermas (Dritter von links)

große politische Hoffnungen gesetzt und in ihnen Kampfgefährten gefunden, erklärte Jürgen Habermas in seinem Grußwort. Abendroth hielt engen Kontakt zur IG Metall. Sie war für ihn die Schrittmacherin emanzipativer gesellschaftlicher Entwicklung. Abendroths Eintreten für den Sozialstaat ist heute aktueller denn je, lautete das Fazit der Konferenz. »Einen Menschen wie Wolfgang Abendroth würdigt man am besten dadurch, dass man sich den Anliegen, für die er stand, in der Gegenwart stellt«, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters. ◀

Opel Bochum gegen Jugendvertreterin

»Die wollen mich loswerden«

Die Bochumer Opel-Geschäftsleitung will verhindern, dass Jugendvertreter übernommen werden.

Ihre Gesellenprüfungen zum Mechatroniker haben Jugendvertreter Lisa Gärtner und Benjamin Nadrowski im Februar bestanden. Doch als die beiden Metaller beantragten, als Jugendvertreter weiterbeschäftigt zu werden, lehnte die Geschäftsleitung ab. Angeblich wäre keine Arbeit da.

Opel beruft sich dabei auf den Tarifvertrag »Beschäftigungsbrücke«, der die Übernahme von Auszubildenden an allen Opel-Standorten ausgesetzt hat. Zum Ausgleich werden ausgelernte Azubis jetzt von den Verleihern Adecco und Randstad bezahlt.

Nadrowski und Gärtner haben auf ihre Weiterbeschäftigung geklagt. »Jugendvertreter haben einen Wahlauftrag, dem wollen wir nachkommen«, begründet Gärtner ihren Anspruch, »ich will auch in den nächsten Jahren für die Übernahme der Azubis kämpfen.«

Nadrowski hat sich inzwischen durchgesetzt – Opel muss den Jugendvertreter weiterbeschäftigen. Lisa Gärtners Antrag hat das Bochumer Arbeitsgericht dagegen abgelehnt. Die

Metallerin hatte sich zusammen mit anderen JAVlern für die unbefristete Übernahme aller Auszubildender engagiert. »Die wollen mich als unliebsame Jugendvertreterin loswerden«, schwant Gärtner daher.

In einem Beschlussverfahren vor dem Bochumer Arbeitsge-

richt Ende April gab die Richterin zwar der Opel-Geschäftsleitung Recht. Doch die Metallerin will weiterkämpfen. Der Opel-Betriebsrat unterstützt sie dabei. Betriebsratsvorsitzender Rainer Einkenkel: »Die Schutzrechte der Jugendvertreter dürfen nicht angetastet werden.« ◀



Jugendvertreterin Lisa Gärtner: »Ich will für die Übernahme kämpfen«

Kein Bedarf an jungen Fachkräften

Bei Bosch haben Auslerner schlechte Chancen

Harte Zeiten für Auslerner bei Bosch. In Stuttgart-Feuerbach werden von 115 Auslernern nur etwa 20 über einen Facharbeiter-Pool in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis kommen. Im badischen Bühl wollte Bosch nicht einen einstellen. Sicher ist nur die tariflich gesicherte, auf ein Jahr befristete Übernahme.

»Derzeit haben alle deutschen Standorte Schwierigkeiten«, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Alfred Löckle. Die Bosch GmbH bildet bundesweit im Jahresmittel 2400 Azu-

bis aus. 800 bis 900 werden jedes Jahr eingestellt – genauso viele lernen aus.

Die ablehnende Haltung der Geschäftsleitungen hat je nach Standort unterschiedliche Gründe. »Wir sind im Strukturwandel«, sagt Rolf Vetter, beim Feuerbacher Betriebsrat für Aus- und Weiterbildung zuständig. Die Produktivität steigt jährlich um acht Prozent. Die gewerblich Beschäftigten werden weniger, die Angestellten mehr. Vetter: »Wir brauchen zurzeit keine Facharbeiter.« Die Probleme

führten dazu, sagt Alfred Löckle, dass Auslerner in Einzelfällen sogar ins Ausland gehen – nach Österreich, Holland, selbst Spanien. Der Gesamtbetriebsrat begleitet die örtlichen Aktivitäten zur Übernahme: »In der Regel können zusätzliche erreicht werden.« Priorität haben aber die Azubi-Einstellungszahlen, so Löckle. Auch die werden Jahr für Jahr in Frage gestellt. Ohne Ausbildung wäre es für die jungen Leute zappenduster. Doch Rolf Vetter weiß: »Ein Jahr Berufserfahrung ist auch zu wenig.« ◀

»WIR BRAUCHEN VIELE MENSCHEN, DIE MITMACHEN«

... bei Bertin Eichler, Hauptkassierer der IG Metall und verantwortlich für die Finanzen.

Der Vorstand der IG Metall hat in seiner Mai-Sitzung beschlossen, nach der erfolgreichen Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, die Beiträge für die Mitglieder in dieser Branche ab dem 1. Juni um drei Prozent anzupassen.

metall: Wenn das Entgelt jetzt um drei Prozent mehr wird, erhöht sich dann der Beitrag auch um den gleichen Prozentsatz?

Eichler: Der Beitrag bleibt bei einem Prozent vom Brutto. Bereits 1975 hat die IG Metall beschlossen, den Beitrag an die jeweils aktuellen Tarifiergebnisse anzupassen. Das gilt für unsere Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen der IG Metall, wenn sie ihre Tarifrunde erfolgreich abgeschlossen haben. Das heißt, wer bislang 3000 Euro verdiente, hat nach dieser erfolgreichen Tarifrunde tabellenwirksam 90 Euro mehr in der Tasche. Von diesen

90 Euro gehen 90 Cent in den Beitrag. Das belastet den Einzelnen kaum, in der Summe sichert der Betrag die Handlungsfähigkeit der IG Metall.

metall: Warum ein Prozent vom Brutto als Beitrag?

Eichler: Weil dieser Beitragssatz gerecht ist. Das wollte die IG Metall schon immer. Wer mehr verdient, kann mehr zahlen. Wer weniger hat, zahlt entsprechend weniger Beitrag. Das ist solidarisch.

metall: Wozu werden die Beiträge ausgegeben?

Eichler: Die IG Metall ist eine starke Gemeinschaft von mehr als 2,3 Millionen Mitgliedern. Ihnen bieten wir Schutz und Sicherheit in allen wichtigen Fragen rund um das Erwerbsleben. Wir setzen uns gemeinsam mit vielen tausend IG Metall-Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten dafür ein, dass ihr Einkommen steigt

und sich auch die Arbeitsbedingungen in den Betrieben verbessern. Unsere 172 Verwaltungsstellen erhalten rund ein Drittel der Beitragseinnahmen. Wir finanzieren Bildungsstätten und bilden Rücklagen für Leistungen an unsere Mitglieder und für den Streik.

metall: Welche Schritte werden jetzt folgen?

Eichler: Der gute Tarifvertrag muss jetzt in den Betrieben umgesetzt werden. Wir wollen die gute Stimmung der Warnstreiks, an denen über eine Million Mitglieder teilgenommen haben, nutzen und neue Mitglieder gewinnen. Das positive öffentliche Echo auf unseren Abschluss gibt uns Rückenwind und ist gleichzeitig Appell für alle noch nicht Or-

ganisierten, Mitglied zu werden. Denn nur mit vielen Mitgliedern bleiben wir stark und durchsetzungsfähig. Wir wollen kompetent in Sachen Arbeit bleiben. Das gelingt uns besser, je mehr Menschen bei uns mitmachen.

metall: Hätte die IG Metall auch einen Streik durchgestanden?

Eichler: Aber klar. Die IG Metall ist finanziell gesund – auch wenn einige immer wieder behaupten, dass das nicht der Fall sei. Sie hat ihre Gelder gut und sicher angelegt. Wir sind finanziell jederzeit streikfähig. Wir wissen, dass unsere Mitglieder für den Beitrag hart arbeiten müssen. Da ist es für uns eine Verpflichtung, mit den Beiträgen sorgfältig und umsichtig umzugehen. ◀

Bertin Eichler: »Wir gehen mit den Beiträgen sorgfältig um«

Foto: IG Metall / Renate Schildhauer



Die Leistungen der IG Metall

Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern satte Leistungen:

Service: Dreh- und Angelpunkt ist die Verwaltungsstelle vor Ort. Die Büros in über 170 Orten sind für die Mitglieder da. Sie betreuen die Betriebsräte, bieten Beratung für Mitglieder und Funktionäre sowie umfangreiche Schulungsprogramme und wenn erforderlich auch Arbeits- und Sozialrechtsschutz.

► **Informationen:** Zu vielen Themen bietet die IG Metall ausführliche Info-Broschüren, die für Mitglieder in der Regel gratis sind. Sie vermitteln Hintergrundwissen, liefern Argumente und

sind griffig aufbereitet. Auch im Internet (www.igmetall.de) bietet die IG Metall viel Wissenswertes.

► **Die Zeitung:** Alle Mitglieder erhalten das Monatsmagazin **metall** kostenlos.

Die Werbekampagne

Zur Werbung neuer Mitglieder hat die IG Metall eine Kampagne aufgelegt, die die Werbung im Betrieb unterstützt. Neumitglieder können im Internet oder in **metall** vorgestellt werden. Mehr unter www.igmetall.de

► **Extras:** IG Metall-Mitglieder können zu attraktiven Konditionen für das Alter vorsorgen. Die **Metall-Rente**, ein Gemeinschaftswerk von IG Metall und Gesamtmetall, bietet Beschäftigten der Metall-, Elektro-, Textil, Holz- und Kunststoffindustrie seit 2001 eine ergänzende Altersvorsorge.

► **Freizeit-Unfallversicherung:** Wer in der Freizeit einen Unfall erleidet, ist durch seinen Beitrag automatisch versichert.

► **Streikunterstützung:** Und wenn es darauf ankommt, zahlt die IG Metall ihren Mitglieder auch Unterstützung bei einem unvermeidlichen Streik. ◀

Das ist der Beitrag wert

Wie viele Verbände finanziert sich die IG Metall ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen. Der durchschnittliche Beitrag eines beschäftigten Mitglieds liegt zurzeit bei 21,60 Euro.

► Eine Stange Zigaretten kostet 38 Euro, ein Essen mindestens 20 Euro, einmal Frisör rund 30 Euro und eine Konzertkarte ab 30 Euro aufwärts.

Die Einkommen für diese und andere Ausgaben werden durch starke Gewerkschaften gesichert.

»Ich bin stolz, Gewerkschafter zu sein«

Interview mit Kurt Beck, neugewählter SPD-Parteivorsitzender und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

metall: Herr Ministerpräsident, wann haben Sie das letzte Mal mit einem Betriebsrat gesprochen?

Beck: Vor ein paar Tagen. Ich habe viele Kollegen in meinem Freundeskreis, die Betriebsräte sind. Gerd Rheude, der Betriebsratsvorsitzende von Daimler in Wörth beispielsweise.

metall: Warum sind Sie nicht Metalller, sie haben doch Elektromechaniker gelernt?

Beck: Ich habe zwar in einem Metallbetrieb gelernt, arbeitete dann aber als Funkelektroniker beim Heeresinstandsetzungswerk 870, in einem Bereich der Bundeswehr. Deshalb bin ich bei Verdi organisiert. Und ich bin stolz, seit rund 35 Jahren Gewerkschafter zu sein.

metall: Sie haben ja eine richtige Gewerkschaftslaufbahn hinter sich.

Beck: Ich war in der Tarifkommission, habe einen Akkord-Tarifvertrag mit ausgearbeitet und war Kreisvorsitzender der ÖTV. Auf Landes- und Bundesebene war ich Vorsitzender des Arbeiterausschusses und dann später Betriebspersonalratsvorsitzender für 18 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich glaube, ich habe mehr Mitglieder in die Gewerkschaft aufgenommen, als mancher Gewerkschaftssekretär je gesehen hat. Als ich weg bin vom Heeresinstandsetzungswerk, hatten wir einen Organisationsgrad von 90 Prozent.

metall: Um so unverständlicher ist es, dass Sie als Gewerkschafter und Sozialdemokrat die jüngsten Steuerbeschlüsse mittragen. Diese – ob Kürzung der Pendlerpauschale, ob Senkung der Sparerfreibeträge oder Kappung des Kindergelds – sind ein massiver Griff in die Taschen der Beschäftigten.

Beck: Erfreut bin ich auch nicht darüber. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch sehen, wie wir den Bundeshaushalt und die Länder- und Kommunalhaushalte in Ordnung bringen. Wenn wir nicht zusätzliche Einnahmen schaffen, dann bricht uns schlicht und einfach noch viel mehr weg, ich sehe keine Alternativen.

metall: Die SPD hat nur einer »Reichensteuer light« zugestimmt. Warum werden nicht die Rei-

chen – und damit auch die Freiberufler und die Unternehmer – höher besteuert? Warum nicht eine Erbschaftssteuer? Stattdessen sollen wieder die Unternehmen entlastet werden.

Beck: Wir werden zusammen mit der Unternehmenssteuerreform, die 2008 kommen soll, natürlich auch über diese Fragen reden. Und dort auch Steuer-schlupflöcher und Abschreibungsmöglichkeiten reduzieren, so dass wir bei reduzierten, nominalen Steuersätzen so nahe wie möglich an die Null-Linie herankommen, was Steuereinnahmenverluste angeht.

metall: Sie kleben in Sachen Steuerpolitik also am Koalitionsvertrag?

Beck: Ich sehe in der Koalitionsvereinbarung eine deutliche sozialdemokratische Handschrift, und ich werde meinen Beitrag dazu leisten, dass diese auch weiter erkennbar bleibt.

metall: Was ist an einer Mehrwertsteuererhöhung sozialdemokratisch?

Beck: Auch bei der Mehrwertsteuererhöhung kann ich keine Begeisterung empfinden. Ein Punkt wird genommen, um die Lohnnebenkosten zu senken. Das wird sich sowohl auf die Arbeitgeber als auch auf die Arbeitnehmer positiv auswirken. Aber es ist eine Belastung für die Menschen – ganz ohne Frage.

metall: Sie haben kürzlich gesagt, »wir brauchen mehr Einnahmen für den Staat« ...

Beck: ... ja, für das Gemeinwesen insgesamt ...

metall: ... aber die Große Koalition holt es sich offensichtlich nur bei den Beschäftigten und verteilt es dann an die Reichen.

Beck: In der Koalition ist vereinbart worden, und daran muss man sich halten, dass Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden sollen. Aber es

sind ja auch ein paar Entscheidungen getroffen, die die Steuerlastenquote, von der ich gere-

det habe, in Größenordnungen bringen wird, wie wir sie dringlich brauchen, weil wir ansonsten, auch seitens der öffentlichen Haushalte, nicht investitionsfähig sind.

metall: Aber steigende Staatseinnahmen müssen doch solidarisch finanziert sein.

Beck: Da sind wir uns einig. Deshalb sage ich auch, dass diejenigen, die höhere Einkommen haben, auch einen höheren Beitrag leisten müssen. Das muss man allerdings in dieser Gesellschaft hart erringen, wie wir alle wissen.

metall: Die SPD hat die Unternehmen doch schon im Jahr 2000 mit einer Unternehmenssteuerreform entlastet. Dadurch ist kein einziger Arbeitsplatz entstanden. Warum wiederholen Sie die Fehler von Gerhard Schröder?

Beck: Das sehe ich nicht so. Was nützen uns hohe Steuersätze, wenn sie die Investoren abschrecken? Ich bin für Steuersätze, die im internationalen Vergleich vernünftig sind.

metall: Ihre Position zum Thema Mindestlöhne?

Beck: Einige Tarifabschlüsse – auch bei der IG Metall – zeigen wieder in eine andere Richtung ...

metall: ... nach oben ...

Beck: ... und das ist gut so. Für meine Begriffe müssen wir aber zusätzlich etwas tun. Wir müs-

Kurt Beck im Gespräch mit **metall**-Chefin vom Dienst Susanne Rohmund und **metall**-Redakteur Fritz Arndt



Fotos: VISUM / Leist

sen nach unten eine Decke einziehen. Der Anspruch muss sein, und davon lasse ich mich auch nicht abbringen, dass wer Vollzeit arbeitet, von seinem Lohn angemessen leben muss. Und dieses Einkommen muss auch höher sein, als das, das man durch Transferleistungen erzielen kann.

metall: Also ein Mindestlohn von 7,50 Euro, dort wo es keine Tariflöhne gibt?

Beck: Ich widerspreche nicht dem Ziel. Aber wir müssen über die Größenordnung reden. Ich kenne Tarifverträge, die deutlich niedrigere Stundenlöhne beinhalten. Darauf muss auch Rücksicht genommen werden.

metall: In Ihrer Antrittsrede als Parteivorsitzender sprachen sie von der »linken Volkspartei« – wird die SPD endlich wieder rot?

»Es bleibt notwendig, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften das richtige Maß an Miteinander finden.«

Beck: Ich würde an diesem Punkt nicht so sehr zurückschauen. Ich lege Wert darauf, dass die SPD eine Partei bleibt, die ihren Grundüberzeugungen verpflichtet ist. Und die lauten Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Friedensliebe. Ich denke, diese Ziele sind deckungsgleich mit den grundsätzlichen Zielen, die auch die Gewerkschaftsbewegung hat. Das sind zeitlose Werte, davon bin ich überzeugt. Deshalb lasse ich mir auch nicht einreden, dass ich einen Ruck vollziehen müsste mit der bisherigen Politik der SPD. Wir müssen diese Politik auf neue ökonomische Bedingungen und demografische Veränderungen und auch auf neue Herausforderungen einstellen. Aber die bisherige Politik bleibt richtig und sie bleibt Maßstab.

metall: Auch wenn der SPD noch mehr Mitglieder weglaufen und das Verhältnis zu den Gewerkschaften noch schlechter wird?

Beck: Ich bin überzeugt davon, dass es notwendig bleibt, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften das richtige Maß an Miteinander finden. Eine Partei ist nicht Gewerkschaftersatz und die Gewerkschaft nicht die Fortsetzung der Interessen einer Partei oder eines Staats. Das ist in totalitären Systemen so, aber nicht in einer Demokratie. Eine Gewerkschaft muss Interessenvertretung sein. Während ein Staat oder eine Partei auch bei anderen Interessen in der Gesellschaft mitzureden hat.

metall: Was heißt das für das politische Mandat der Gewerkschaften?

Beck: Ich glaube, dass es unser gemeinsames Interesse sein muss, durch gemeinschaftliches



Handeln, soziale Verwerfungen zu verhindern, wo immer wir das können. Die Tarifautonomie und angemessene Löhne sind dabei Eckpfeiler.

metall: Was verbirgt sich hinter der neuen SPD-Grundsatzidee vom »Vorsorgenden Staat«?

Beck: Es geht darum, unsere Gesellschaft lebendig zu halten. Den Gedanken einer Bürgergesellschaft nach vorne bringen und auf die Probleme von morgen heute zu reagieren. Insgesamt müssen wir versuchen, Dinge vorherzusehen, um entsprechend politisch zu agieren.

metall: Aber einfach das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, kann damit ja wohl nicht gemeint sein. Erstens gibt es schon genug Arbeitslose. Und zweitens glauben die meisten Manager, dass man ab 50 Jahren in einer Fabrikhalle nichts mehr verloren hat.

Beck: Eben. Das ist eine Fehlentwicklung, die nicht in Ordnung ist. Ich habe persönlich sehr darum gekämpft, dass zwei Dinge mit dieser Veränderung einhergehen: Zum einen, dass man mit 45 Versicherungsjahren und dem 65. Lebensjahr ohne Abschlag in Rente gehen kann. Zum zweiten, dass wir im Bereich der Erwerbsunfähigkeitsrente eine Öffnung hinkriegen.

metall: Das klingt so, als hätten Sie zwar überall gute Ideen, können Sie aber aufgrund des Koali-

tionspartners nicht umsetzen, und es kommen faule Kompromisse heraus. Ist das auch beim nächsten Schritt der Gesundheitsreform zu befürchten?

Beck: Wir sind für die Bürgerversicherung, wie die Gewerkschaften. Wir haben jetzt nicht die Mehrheit dafür ...

metall: ... Sie haben sich ohne Not für die CDU entschieden ...

Beck: ... und weil wir auch eine solidarische Finanzierung wollen, sind Kopfpauschalen für uns keine Lösung.

Und deshalb werden wir an folgenden Grundsätzen festhalten: Wir wollen erstens, dass alle versichert bleiben – das ist längst nicht mehr selbstverständlich in der Republik. Und zweitens geht es uns darum, dass wir an der solidarischen Aufbringung der Finanzen festhalten. Die Arbeitgeberbeiträge will ich ausdrücklich beibehalten. Es wäre aus zwei Gründen falsch, diese abzuschaffen: Erstens aus Gerechtigkeitsgründen. Zweitens will ich die Arbeitgeber auch wegen der Interessenslage drin behalten. Wenn morgen die Arbeitgeberbeiträge eingefroren sind, wo soll übermorgen die Interessenslage in der Selbstverwaltung herkommen, auf Kostendämpfung zu achten? Das ist auch ein Gebot der Klugheit, das so zu organisieren. ◀



Sein Lebenslauf

Der neue SPD-Parteivorsitzende **Kurt Beck** ist länger Gewerkschafter als Parteimitglied. 1969 trat er der ÖTV – heute Verdi – bei, 1972 wurde er Mitglied der SPD. Zwölf Jahre war Beck freigestellter Bezirkspersonalratsvorsitzender, und das heißt: »Kurt Beck kennt die Realität in den Betrieben – und zwar von beiden Seiten. Als Bezirksleiter für vier Bundesländer sage ich: Sein Engagement für die Beschäftigten und sichere Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz ist unübertroffen«, sagt Armin Schild, IG Metall-Bezirksleiter für Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und das Saarland.

Für die Beschäftigten hat Beck also auch heute noch immer ein offenes Ohr. Ohnehin ist der 57-Jährige der Prototyp des volksnahen Politikers. Im rheinland-pfälzischen

Wahlkampf vor wenigen Wochen gab es kaum eine Gemeinde, die er nicht besuchte. Kaum ein Weinfest, auf dem er nicht Hunderte von Händen schüttelte. Und trotz gedrangtem Terminkalender ließ es sich der Ministerpräsident in den vergangenen Jahren nicht nehmen, alle zwei Wochen sonntags eine Bürgersprechstunde in seinem Wahlkreis in Steinfeld, Südliche Weinstraße, zu geben. »Da kommen die Menschen aus dem ganzen Land und erzählen mir von ihren Problemen.« Sein Konzept geht auf. Beck regiert Rheinland-Pfalz seit 1994. Im November 2003 wurde er stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz erhielt die SPD die absolute Mehrheit, so dass Kurt Beck nun ohne den bisherigen Koalitionspartner FDP regiert. Beck ist verheiratet und hat einen Sohn. ◀

Nicht alle können die WM genießen:

Unbezahlte Überstunden in der deutschen Gastronomie, im Einzelhandel und in Krankenhäusern; Mehrarbeit für Polizei, Bahnbedienstete und Technische Hilfswerke; in Asien und Lateinamerika werden Näherinnen von Sportbekleidung ausgebeutet und junge Frauen werden zur Prostitution gezwungen.

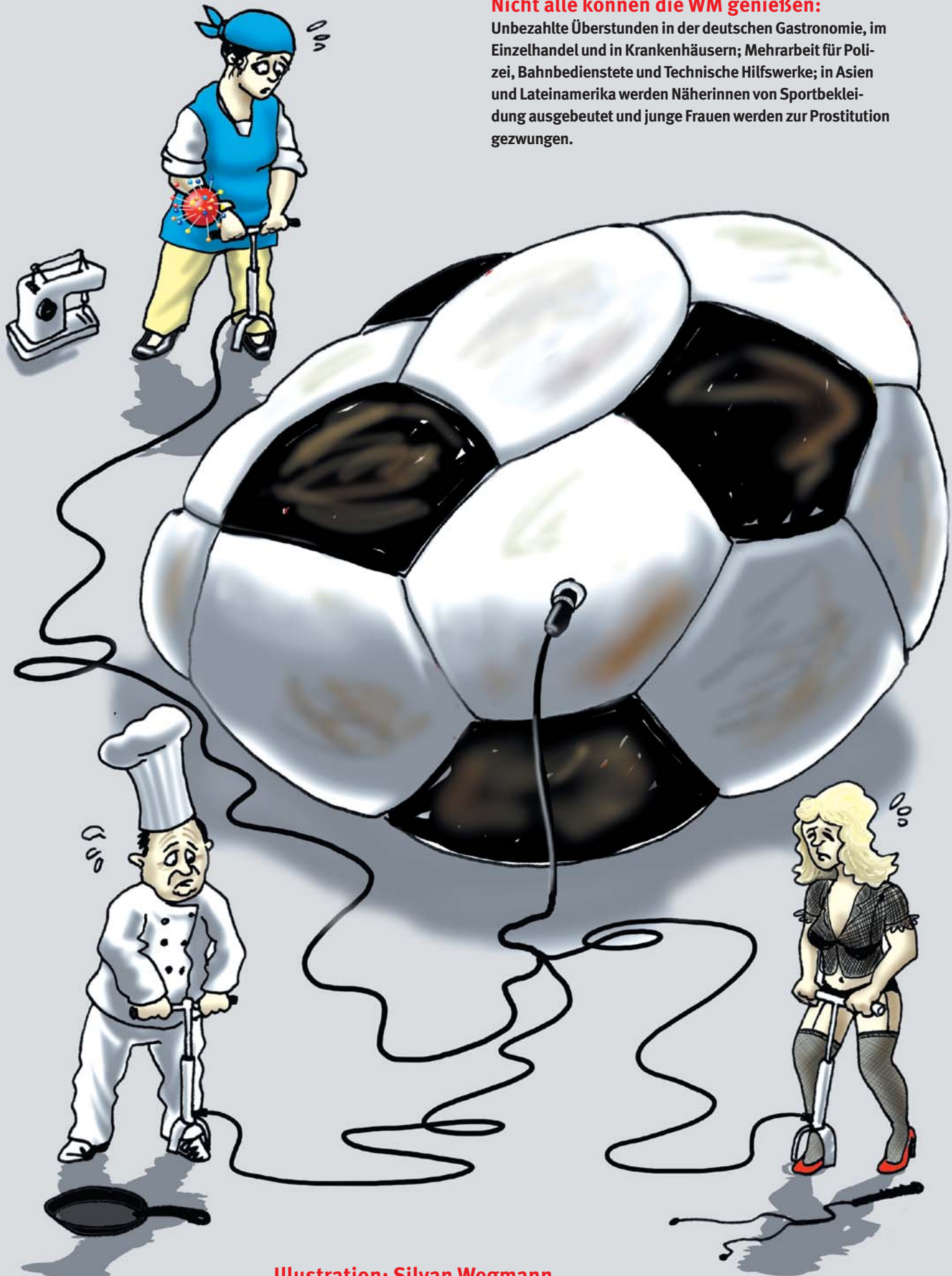


Illustration: Silvan Wegmann

Arbeit statt Vergnügen

Ausnahmezustand in Deutschland: Alles dreht sich im Juni bis Anfang Juli um die Fußball-Weltmeisterschaft. Doch während die meisten Fans feiern, heißt es für viele Menschen: Arbeit statt Vergnügen. Überstunden werden häufig nicht mehr bezahlt. Und wann sie abgefeiert werden können, steht in den Sternen. Deshalb starten Einzelgewerkschaften und Deutscher Gewerkschaftsbund während der WM eine Informations- und Beratungsoffensive.

Von Susanne Rohmund

Stefan Körzell ist sauer. »Was während der WM laufen wird, ist eine Rund-um-die-Uhr-Ladenöffnung auf Kosten der Beschäftigten und deren Familien.« Von den erweiterten Öffnungs- und damit auch verlängerten Arbeitszeiten sind allein in Hessen über 150 000 Beschäftigte betroffen. »Und viele davon sind auf Kinderbetreuung angewiesen«, weiß Körzell, der DGB-Bezirksvorsitzender in Hessen und Thüringen ist. Für ihn sind diese Familien schon jetzt die Verlierer der WM: »Die, die mehr arbeiten, müssen dann auch noch für die zusätzlichen Betreuungs- und nächtlichen Fahrtkosten aufkommen. Das ist ein sozialpolitischer Skandal.«

Ausnahmezustand also nicht nur bei den Fans. Ob Nacharbeit im Einzelhandel, ob unbezahlte Überstunden in der Gastronomie, ob Mehrarbeit bei der Polizei, bei Feuerwehr, bei den Technischen Hilfswerken oder in Krankenhäusern, ob bei der Bahn oder anderen Verkehrs- und Transportbetrieben: Vielen Beschäftigten ist gar nicht nach Feiern zumute. Sie fragen sich, was aus ihren geleisteten Überstunden und der Mehrarbeit wird. Denn: Nur noch 21 Prozent der in Deutschland geleisteten Überstunden werden ausbezahlt, fand die Europäische Stiftung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in einer Studie heraus.

Dank der Gewerkschaften konnte allerdings für viele Kolleginnen und Kollegen das Schlimmste verhindert werden. Zum Beispiel hat die Gewerkschaft der Polizei ein umfang-

reiches Konzept für die Polizistinnen und Polizisten im WM-Einsatz entwickelt. Und auch die Gewerkschaft Transnet arbeitet eng mit der Deutschen Bahn zusammen, um die Liste der Grausamkeiten möglichst klein zu halten. Außerdem finden derzeit in vielen Unternehmen Gespräche mit Betriebs- und Personalräten über Arbeitszeit, Urlaubsregelungen und Mediennutzung statt.

Als Erfolg ist auch zu werten, dass keine Ein-Euro-Jobber bei der Weltmeisterschaft eingesetzt werden. »Wir begrüßen ausdrücklich die Haltung des Deutschen Fußballbunds, im Rahmen der Weltmeisterschaft Arbeitslose ausschließlich in beitragspflichtige Jobs zu vermitteln«, erklärt Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland. Und Behrsing kündigt an, dass das Forum dieses Versprechen kontrollieren wird.

Probleme könnte es auch unter den freiwilligen Helfern geben. Fifa und Deutscher Fußballbund setzen rund 20 000 Freiwillige ein. Die arbeiten ehrenamtlich als Fahrer, Reisebegleiter oder sie betreuen Mannschaften. Ihre Arbeit wird nicht vergütet. Die Kosten für Anreise und Unterkunft werden nicht erstattet. »Den meisten geht es wohl darum, dabei zu sein. Und die Tendenz zur Selbstausbeutung ist dementsprechend hoch«, weiß Klaus Beck, der die Projektgruppe »WM-AG« beim DGB leitet.

Konflikte sind dennoch programmiert: Die Freiwilligen sind zwar durch die Verwaltungsberufsgenossenschaft unfallversichert. Darin ist auch der Versicherungsschutz im

Falle eines Wegeunfalls sowie während des Einsatzes enthalten. Weitere Versicherungen wie beispielsweise Haftpflichtversicherungen sind allerdings nicht vorgesehen. Und da die Ehrenamtlichen keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, gelten für sie auch keine gesetzlichen Arbeitszeiten.

Eine Telefon-Hotline für alle Beschäftigten

Kein Wunder also, stehen derzeit Beratung und Information im Vordergrund gewerkschaftlicher Aktivitäten. Der DGB hat eine Hotline geschaltet. Montags bis samstags von 7 bis 22 Uhr gibt es unter der **Telefonnummer 01801-44 22 88** Antworten rund um das Thema »Tipps zur WM am Arbeitsplatz«. Außerdem wurde eine WM-Internetseite eingerichtet (www.wm.dgb.de). »In Konfliktfällen sollten sich die Betroffenen am besten bei unserer Hotline melden«, rät Volker Roßocha vom DGB. Ärger könnte es auch in Sachen Mediennutzung geben. Was, wenn die deutsche Nationalmannschaft während der Arbeitszeit spielt? Oder der Chef den Urlaub nicht genehmigen will? Der DGB rät: Betriebsräte sollten frühzeitig gemeinsam mit den Geschäftsleitungen Vereinbarungen treffen (siehe hierzu auch Seite 24).

Vielleicht regelt sich aber zumindest das Problem »Fußball gucken am Arbeitsplatz« von ganz alleine. Nämlich dann, wenn die deutsche Nationalelf schon in der ersten Runde ausscheidet und damit allen Fans die Meisterschaft gründlich verhagelt. ◀





Foto: Thomas Langer

HARTE KRITIK AN ADIDAS

Im Mai haben auf der Adidas-Hauptversammlung in Fürth zahlreiche Menschen gegen die Arbeitsbedingungen bei Zulieferern protestiert. In den meist gewerkschaftsfreien Betrieben arbeiten die Näherinnen bis zu 20 Stunden täglich. Trotzdem reicht das Geld nur für das Nötigste. Statt die Zulieferer zur Verantwortung zu ziehen, steckt Adidas den Kopf in den Sand und bestreitet die Diskriminierung von Näherinnen.

Adidas und seine Zulieferer

Trikots »Made in Hell«

Auf der Adidas-Hauptversammlung am 11. Mai in Fürth hatte Vorstandsvorsitzender Herbert Hainer (»Herr der drei Streifen«) mal wieder eine frohe Botschaft für die Aktionäre. »Konsequent nutzen wir die Weltmeisterschaft, um adidas noch stärker zu machen ... wir

haben den höchsten Nettogewinn in der Geschichte unseres Unternehmens erzielt. Das sind 383 Millionen Euro, ein Plus von 22 Prozent. An uns dribbelt keiner vorbei.«

Während sich bei den Aktionären Hochstimmung verbreitete, verteilten rot gekleidete Menschen von Attac und der »Kampagne für saubere Kleidung« (CCC) draußen brisantes Material. Sie informierten Passanten und Besucher, wie Adidas über seine Zulieferer rechtlose Näherinnen in Lateinamerika aussaugt. »Made in Hell – hergestellt im rechtsfreien Raum«, lasen die Aktionäre auf einem blutroten Transparent.

Tatsächlich lässt der Hauptsponsor der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Asien oder Mittelamerika seit Jahren unter entwürdigenden Arbeitsbedingungen produzieren. Die Zulieferer sind so genannte »Maquilas« – einfache Fertigungsbetriebe in

Freihandelszonen mit extrem niedrigen Löhnen und fast ohne Gewerkschaften. Sie gelten als Experimentierfelder des Neoliberalismus. Von 1212 Maquilas, hat die CCC beispielsweise recherchiert, dulden gerade mal 45 Gewerkschaften im Betrieb.

Entsprechend katastrophal sind die Arbeitsbedingungen. Sandra Dusch, CCC: »Eine Näherin in Honduras oder Indonesien, die in Vollzeit für Adidas arbeitet, muss ihre Kinder hungrig ins Bett schicken. Der Lohn von 157 US-Dollar in Honduras reicht nicht mal für den Grundbedarf an Lebensmitteln aus.« Viele Näherinnen verdienen sich ein Zubrot durch Prostitution, andere fahren Überstunden und verzichten auf Pausen. Dass das schlaucht, ist klar. »Schon mit 35 Jahren halten viele den Marathon nicht mehr aus«, klagt Dusch, »sie verlassen freiwillig die Fabrik oder müssen gehen.«

Anti-Gewerkschaftskurs

So ähnlich sieht es auch in anderen lateinamerikanischen Ländern aus – und die Sportartikelindustrie als Auftraggeber saht kräftig ab. So haben sich die Adidas-Manager kürzlich ihre Gehälter um unbescheidene 89 Prozent erhöht.

Die Nähfabrik Hermosa Manufacturing, El Salvador, die jahrelang für Adidas und andere Sportartikelhersteller produzieren ließ, war landesweit für ihren gewerkschaftsfeindlichen Kurs bekannt. Selbst Bewerberinnen, die aus einem Betrieb mit Gewerkschaft kamen, wurden grundsätzlich nicht eingestellt.

Als die eigenen Beschäftigten eine Betriebsgewerkschaft gründeten – Arbeitszeiten von bis zu 20 Stunden waren üblich – wurde das Werk dicht gemacht, die Näherinnen gefeuert. Hermosa sackte sowohl gesetzlich vorgeschriebenen Abfindungen als auch ausstehende Lohnzahlungen ein. Die gekündigten Näherinnen stehen jetzt auf einer schwarzen Liste und finden keine Jobs, viele mussten sich verschulden. Sie protestieren bis heute regelmäßig vor dem Tor der geschlossenen Fabrik und fordern Abfindungen und Lohnrückstände ein.

Die CCC konfrontiert Adidas seit Jahren mit den Zuständen in seinen Zulieferbetrieben. Doch statt den geschundenen Näherinnen zu ihren Rechten zu verhelfen, steckt der vornehme »Herr der drei Streifen« den Kopf in den Sand. »Es gibt keine konkreten Hinweise, dass Hermosa gewerkschaftsnahe Arbeiterinnen diskriminiert«, meldete der Konzern bei-



Foto: Thomas Langer



Foto: FM

Je mehr die Näherinnen bei den Zuliefern in Lateinamerika bluten, desto kräftiger klingen die Kassen bei den Sportartikelherstellern als deren Auftraggebern. Auf der Adidas-Hauptversammlung in Fürth beglückte Vorstandsvorsitzender Herbert Hainer die Aktionäre mit dem höchsten Nettogewinn, den Adidas je eingefahren hat. »Konsequent nutzen wir die Weltmeisterschaft, um Adidas noch stärker zu machen.« Dass das vor allem auf Kosten rechtloser Näherinnen etwa in Lateinamerika geht, verschwieg der »Herr der drei Streifen«. Angeblich, behauptet der Konzern, sei bei seinen Zulieferern von Diskriminierungen nichts bekannt.



spielsweise vorletztes Jahr. Wenig später machte Hermosa dicht – weil sich Näherinnen gewerkschaftlich organisiert hatten.

Die »Kampagne für saubere Kleidung« hat den WM-Sponsor inzwischen aufgefordert, die Gefeuerten über einen Entschädigungsfond zu unterstützen – auch, weil der Sportartikel-Hersteller in seinen »Standards of Engagements« den Beschäftigten den Zu-

sammenschluss in Gewerkschaften ausdrücklich garantiert. Etwa nur als Werbe-Gag?

Vielleicht sollte sich Adidas ein Beispiel nehmen an Hess Natur, Deutschlands führendem Händler von Naturtextilien aus Bad Homburg (Hessen). Die Firma läßt als erster deutscher Textilhändler die Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferbetrieben kontrollieren – nachdem die Hess-Kundschaft in-

folge öffentlicher Berichte über schlimme Arbeitsbedingungen hellhörig geworden war. Bei den jährlichen Kontrollen ist auch die IG Metall mit dabei.

Die CCC wertet das als »Meilenstein«. »Das Beispiel Hess Natur zeigt, wie viel Einfluss die Konsumenten nehmen können«, lobt Sandra Dusch. ◀

Fritz Arndt

Zwangsprostitution

SEX, DER EIN MENSCHENRECHT VERLETZT

Frankfurt, Bahnhofsviertel, 21 Uhr am 11. Mai. Rund 100 Polizisten rückten an, um das Rotlichtviertel auf den Kopf zu stellen. Ziel der Razzia: ein Zeichen setzen gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel. Die Beamten finden, was sie suchen und nehmen elf Menschen fest. Aktionen wie diese wird es in den kommenden Wochen bundesweit zahlreiche geben. Die Nachfrage und das Angebot nach sexuellen »Dienstleistungen« wird im Rahmen der Weltmeisterschaft steigen. »Und damit leider auch die Zwangsprostitution«, weiß Ulrike Helwerth vom Deutschen Frauenrat. Wie viele Frauen dafür nach Deutschland verschleppt werden, lässt sich seriös nicht sagen. Fest steht aber, die Zahl wird steigen. Deshalb nutzt der Frauenrat die Weltmeisterschaft für ih-

Zwangsprostitution ist ein blühender krimineller Markt. Nur ein Bruchteil wird bekannt und geahndet.

re Kampagne »Abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution«. Der DGB gehört zum Netzwerk dieser Kampagne, die während der WM die Sensibilität rund um das Thema »Zwangsprostitution« erhöhen will. Ziel: »Der politische Druck soll erhöht werden«, erklärt Ulrike Helwerth vom Frauenrat.

Die Opfer haben Angst vor ihren Peinigern und erstatten selten Anzeige. Eine der Abpiff-Forderungen ist es, ein Zeugenschutzprogramm für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution einzurichten. Außerdem müsste die Betreuung der zumeist sehr jungen Frauen durch Beratungsstellen hierzulande und in ihren Herkunftsländern verbessert werden.

Fest steht: Auch nach der WM bleiben Menschenhandel und Zwangsprostitution ein lukratives Geschäft: Weltweit wird damit rund 25 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Die Abwehr und die Verfolgung dieses Verbrechens muss deshalb auch nach der Weltmeisterschaft weitergehen. ◀



Illustration: Silvan Wegmann



DIE MENSCHENRECHTE



Artikel 12

»Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr (...) ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe.«

In einem ist Deutschland aus Sicht vieler Datenschützer schon jetzt weltmeisterlich – in der Missachtung bürgerlicher Grundrechte.

Ganz Deutschland freut sich auf die Fußball-Weltmeisterschaft – ganz Deutschland? So manchem Fan ist die Vorfreude angesichts der Überwachungswut der Organisatoren vergangen. Einige dichteten das Motto bereits um in: »Zu Gast wie im Knast.«

In einem ist die Veranstaltung in Deutschland aus Sicht vieler Datenschützer schon jetzt weltmeisterlich: in der Missachtung bürgerlicher Grundrechte. »Unter dem Deckmantel der Sicherheit werden die Freiheiten von Menschen beschnitten und rechtsstaatliche Verfahren demontiert«, kritisiert Thilo Weichert, Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz in Schleswig-Holstein.

Rundum-Überwachung

Für Unmut sorgten bereits die Funk-Chips, mit denen alle Eintrittskarten ausgestattet wurden. Mehr Sicherheit gewinne die Veranstaltung damit nicht, kritisiert Weichert: »An den engen Stadieneingängen sind flächendeckende Ausweiskontrollen gar nicht möglich. Gewalttäter können ohne Probleme mit fremden Tickets unerkannt ins Stadion kommen.« Viel effektiver lassen sich Funk-Chips dagegen für eine Rundum-Überwachung aller

Stadienbesucher nutzen. Technisch ist es kein Problem, Fans innerhalb und außerhalb des Stadions über den Chip zu orten und zu identifizieren.

Komplett durchleuchtet

Noch härter trifft es alle, die rund um die WM arbeiten müssen, wie Journalisten, Sicherheitspersonal und Reinigungskräfte. Rund 250 000 Menschen sollen regelrecht durchleuchtet werden. Mit dem Antrag auf Akkreditierung müssen sie einwilligen, dass Polizei, Verfassungsschutz und BND einen tiefen Blick in ihr Privatleben werfen. Sicher kann sich dabei niemand fühlen. Denn für ein Arbeitsverbot bei der WM kann

schon die Teilnahme an einer Demonstration reichen, selbst wenn sie erlaubt war.

Dabei bewegen sich die Verantwortlichen nach Ansicht Weicherts auf sehr dünnem Eis. »Dieser Eingriff in Grundrechte ist rechtlich nicht gedeckt.« Es spiele auch keine Rolle, dass die Betroffenen in ihre eigene Totalüberprüfung eingewilligt haben. Von einer freiwilligen Zustimmung könne bei abhängig Beschäftigten wohl kaum die Rede sein. »Die pauschale und heimliche Überwachung gefährdet ein wichtiges Grundrecht: das Recht auf Privatheit«, warnt Weichert. ◀

Fabienne Melzer

Hilfe beim Datenschutz für alle

Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz ist eine Dienststelle des Landes Schleswig-Holsteins. Die Beschäftigten beraten Bürgerinnen und Bürgern zu allen Fragen des Datenschutzes und helfen ihnen bei Verstößen. Sie kontrollieren den Datenschutz in Behörden des Landes und mahnen die Beseitigung von Mängeln an. Das Zentrum berät auch Unternehmen und arbeitet an der Entwicklung neuer Technologien für Datenschutz und Datensicherheit. Informationen bietet die Dienststelle auch im Internet an. www.datenschutzzentrum.de

► Die Serie »Menschenrechte« will dazu beitragen, dass die Menschenrechte nicht in Vergessenheit geraten. ◀

Loewe, Kronach

»Wir haben richtig gezittert«

In der oberfränkischen Provinz stand es Spitze auf Knopf. Ums Haar wäre Loewe, einer der letzten Fernsehhersteller in Deutschland, im Kampf gegen Billigkonkurrenz auf der Strecke geblieben. Betriebsrat, IG Metall und Management einigten sich auf einen Sanierungstarifvertrag, der für alle Verzicht bedeutete. Aber: Zeitlich befristet. Die WM half, die Durststrecke zu überwinden.

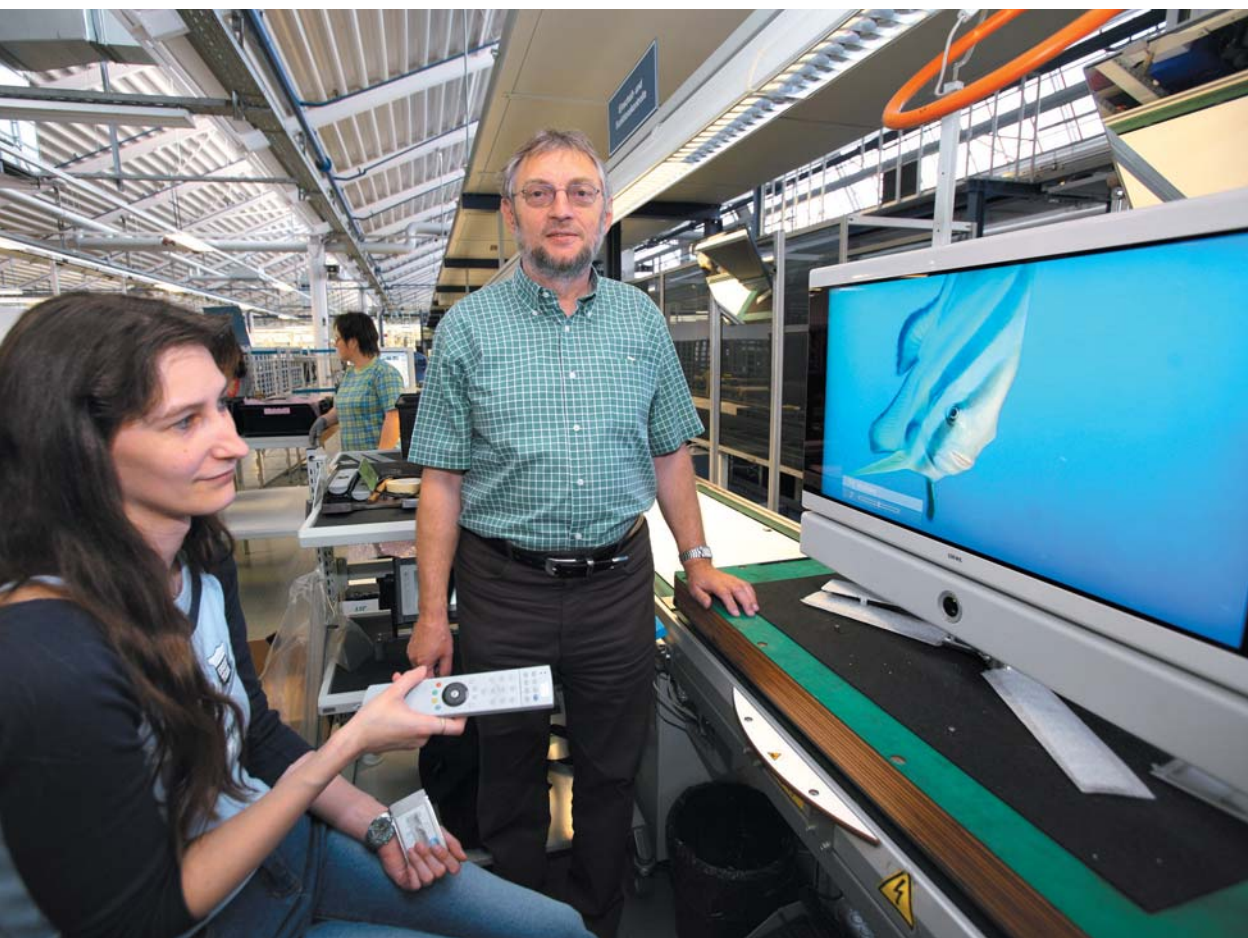


Foto: Frank Böttner

Betriebsratsvorsitzender Günther Oßwald in der Produktion: Loewe in Kronach setzt jetzt auf Flachbildschirme

Der Roboterarm greift sich einen neuen Bildschirm vom Band. Fast schwerelos schwebt der silbrig-matt schimmernde Korpus in den bereit stehenden Karton. Zwei schützende Styropor-teile oben drauf, Deckel zu, fertig. Eines von 2000 Geräten, die bei Loewe in Kronach täglich produziert werden, ist bereit für den Versand. Die 988 Beschäftigten des fränkischen Herstellers von Fernsehgeräten haben wieder gut zu tun. Wegen der bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft läuft das Geschäft wie geschmiert. Vor allem die neuen Flachbildschirme finden reißenden Absatz.

Doch die schlechten Jahre, als die Belegschaft bei Loewe um ihre Jobs zitterte, hat Günther Oßwald noch nicht vergessen. 2003 und 2004, als der Absatz von Loewe dramatisch absackte, kam die Bewährungsprobe für Oßwald als neuem Betriebsratsvorsitzenden. Das Traditionsunternehmen hatte den Trend zu Flachbildschirm-Geräten unterschätzt. Mit den althergebrachten Bildröh-

rengeräten aber machte Loewe Verluste in Millionenhöhe. Die Beschäftigten erlebten erst Kurzarbeit, danach drei Entlassungswellen und mußten einer Lohnstundung zustimmen. Trotzdem zeigte sich kein Licht am Ende des Tunnels. »Wir haben richtig gezittert«, sagt Hildegard Hofmann, die schon 35 Jahre bei Loewe arbeitet.

Gemeinsam durch die Krise

Dann kam die rettende Idee und alles ging auf einmal ganz schnell: Verhandlungen zwischen Unternehmensleitung, Betriebsrat und IG Metall. Dann Gesprächstermin bei IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer in München, bei dem die Manager die Zahlen offen legen mussten. »Es gäbe Loewe nicht mehr, wenn wir 2004 nicht den Sanierungstarifvertrag gemacht hätten«, sagt Betriebsratsvorsitzender Oßwald im Rückblick. Der Sanierungstarifvertrag bedeutete zehn Prozent Lohn- und Gehaltsverzicht für die Beschäftigten, zeitlich befristet für die Jahre

2005 und 2006. Im Gegenzug verpflichtete sich das Unternehmen, die Jobs zu erhalten und im kommenden Jahr das in 2003 gestundete Gehalt auszuzahlen. »Die Beschäftigten hatten viel Verständnis, auch weil ihnen klar war, dass sonst die Jobs ganz weg gewesen wären«, sagt Oßwald.

Inzwischen zeigt sich, dass es richtig war, die Durststrecke gemeinsam zu meistern. Die Umstellung auf die neue LCD-Technik klappte schneller als erwartet. Flachbildschirme machen inzwischen 95 Prozent der Produktion aus. Loewe profiliert sich vor allem mit hochpreisigen Premium-Produkten, um sich von den Billiganbietern aus Asien abzuheben. Für die Fußball-WM

hat Loewe eine Fernbedienung mit so genannter Highlight-Funktion entwickelt. Per Knopfdruck auf die grüne Taste werden die Höhepunkte eines Fußballspiels gespeichert. Automatisch werden die 30 zurückliegenden und nachfolgenden 30 Sekunden aufgezeichnet. So kann man sich die spannendsten Szenen über den integrierten Festplattenrecorder beliebig oft anschauen.

Im ersten Quartal 2006 stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 38 Prozent. 2005 machte das Unternehmen wieder über zwei Millionen Gewinn und peilt für dieses Jahr ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern von zehn Millionen Euro an. Weil es Loewe wieder richtig gut geht, ist für die IG Metall klar, dass 2007 wieder der Flächentarifvertrag gilt. »Nur mit unserem Entgegenkommen konnte sich Loewe durch die Talsohle retten«, sagt Jürgen Apfel, IG Metall-Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Coburg, der die Sanierung begleitet hatte. ◀

Martina Helmerich





Metaller und Fußball – eine **runde** Sache



Fußball ist nicht nur was zum Gucken. Tausende von Metallern machen sich ihr Fußball-Vergnügen selbst – als Spieler, als Trainer, als Schiedsrichter. metall hat sich einige Initiativen angeschaut – und einen Verein, in dem »Fußball von unten« auf dem Programm steht, dazu.

Die kleine WM

Die WM in Vellmar bei Kassel wird – buchstäblich – kleiner sein als die große, »echte«. Hier treten vom 22. Mai bis 18. Juni Junioren an, Fußballernachwuchs aus der Region, aber auch aus China, Südafrika und Ghana. Solcher Aufwand braucht Sponsoren – die IG Metall ist einer von ihnen. Sie steuert Me-

daillen, Geschenke und Organisatoren bei. Für zwei Metaller ist »Vellmar« obendrein eine berufliche Station: Alexander Lerner und Jacqueline Scheurer, kaufmännische Azubis in der IG Metall-Verwaltungsstelle Nordhessen, haben die Junior-WM als Projekt übernommen und »managen« das Ereignis für die IG Metall. Und nicht nur

das: Jacqueline, selbst aktive Kickerin, wird auch als Schiedsrichterin mit von der Partie sein.

Alles in rot-weiß

Fußballer haben mehrere Seelen in der Brust: Viele sind Fan, Spieler und Trainer in einer Person. So einer ist Harald Lenski,



Beim FC Internationale in Berlin spielen alte (Polit-)Hasen mit der gleichen Begeisterung wie der Nachwuchs

Schalke-begeistert und Fußball-Aktivist. Der Betriebsrat aus Goslar organisierte im März zum dritten Mal den »IG Metall-Kids Cup« in Bad Lauterberg. Mehr als 400 Gäste schauten den D-Jugendlichen zu. Die IG Metall war nicht nur als Sponsor deutlich sichtbar (»Alles in rot-weiß«), sondern immer auch Gesprächsthema. »Beim Sport kann man sehr gut über die Tarifrunde reden,« findet Harald. Der vierte Kids Cup ist schon in Planung.

Regelmäßiges Event

Einmal im Jahr ist Fußball-Tag in der Verwaltungsstelle Bruchsal. Und zwar richtig.

In 22 Jahren ist das große Turnier der Azubis zu einem regelmäßigen Event geworden. Anfangs spielten bis zu 18 Mannschaften aus den Betrieben in der Region um den IG Metall-Wanderpokal, heute sind eher zehn – die schrumpfende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen hinterlässt auch hier ihre Spuren. Spieler sind ausschließlich Azubis, Schiedsrichter ehrenamtliche Profis vom Fußballkreis. Denn die Betriebsräte, die den Job früher gemacht haben, waren nicht immer ganz neutral.

Alles für den guten Zweck

In Wolfsburg kicken, wen wundert's, vor allem VW-ler, wenn die IG Metall-Verwaltungsstelle zum Fußball lädt. Aber auch Mannschaften anderer Betriebe sind höchst willkommen beim jährlichen Benefiz-Turnier. Neben dem Spaß geht es dabei immer um eine gute Sache: um Kinder-Projekte in der Region oder internationale Aktionen wie etwa »Null Hunger«. Seit fünf Jahren gibt es das Turnier für »Kinder in Not«, 25 000 Euro wurden bislang eingespielt – durch das Startgeld (100 Euro pro Mannschaft) und die große Tombola.

Turnier mit Weltklasse

Den größten Anfall von Fußball-Fieber hat der Konzern Continental Teves zumindest in Deutschland schon hinter sich: die Spiele um den Cont Team Cup. Dabei spielen alle weltweit 72 Continental-Standorte gegeneinander, sei es in Männer- oder Frauen-Teams. Dabei sind Kicker der verschiedensten Klassen auf dem Feld – bis hin zu Spielern aus der Landesliga. Glück und Können verhalf den Metallern des Standorts Gifhorn zur deutschen Meisterschaft. Bis ins Europa-Endspiel hat es dann nicht gereicht. Vielleicht klappt es ja beim nächsten Mal?

Ringern um den »Pott«

Wenn das Jugend-Turnier der Verwaltungsstelle Völklingen vor der Tür steht, kennen die Teilnehmer der verschiedenen Mannschaften keine Verwandten mehr – das geht es nur noch um den »Pott«. Das ist die Trophäe, die es einmal jährlich zu gewinnen gilt, mal in der Halle, mal auf dem Rasen. Neben dem Turnier, in dem nur Azubis spielen, zählt das Spiel der Jugendvertreter gegen Kollegen aus der Ortsverwaltung zu den Highlights der Fußballsaison. Haben die Jugendlichen neu-lich gewonnen, weil der Unparteiische ein Auszubildender war? Darüber rätseln die Völklinger Metaller noch immer.

Fußball mit Stern

Natürlich wird auch unter dem Stern Fußball gespielt. Genauso heißt die große Daimler-Sportgemeinschaft: »SG Stern«. In der Fußball-Sparte machen alle Altersklassen mit und spielen um die diversen Pokale. Die Mannschaften rekrutieren sich aus den Abteilungen, auch der Betriebsrat schickt eine eigene Truppe ins Feld. 7000 Metaller sind im SG Stern in Stuttgart und anderen Standorten aktiv, der Fußball spielt, wie so oft, die Hauptrolle.

30 Nationen

Der FC Internationale aus Berlin fällt aus dem Rahmen. Vom ersten »Friedensturnier« vor 26 Jahren (statt Siegerpokal gab's eine Käthe-Kollwitz-Grafik) bis heute sind Kicker und Fans dem Motto treu geblieben, dass es nichts Unpolitisches im Politischen gibt. Deshalb

tragen sie Logos wie »no racism« auf der Brust. Deshalb versuchen die 700 Internationale-Mitglieder aus 30 Nationen das Wort »Integration« in die Praxis umzusetzen. Die Wogen der Anfangszeiten, als der schon der Name »Internationale« für Anstoß im Fußball-Establishment sorgte, haben sich geglättet. Geblieben ist das politische Engagement und das Bekenntnis: »Solidarität ist geil.« ◀

Gabriele Prein



Mädchen beim FC Internationale: Solidarität ist einfach geil

Wer spielt bei der WM mit?

Pünktlich zum Start der WM am 9. Juni bietet die IG Metall auf ihrer Homepage Länder-Steckbriefe der Nationen, die am großen Derby teilnehmen. Alles, was man über Angola, Ghana und Ecuador wissen sollte, unter ▶ www.jugend.igmetall.de/wm/

Dunkle Flecken

in der DFB-Geschichte

Lange hat der Deutsche Fußballbund (DFB) die dunklen Kapitel seiner Geschichte ausgeblendet. Vor allem die Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus, dem jüdische Spieler und Funktionäre zum Opfer fielen, blieben außen vor. Gerade noch rechtzeitig zur Fußball-Weltmeisterschaft hat sich der DFB seiner Vergangenheit gestellt.

In der Ehrengalerie ehemaliger Nationalspieler des DFB blieben bis vor wenigen Jahren zwei Namen ungenannt, nämlich die von Julius Hirsch und Gottfried Fuchs. Hirsch war vor dem Ersten Weltkrieg einer der populärsten Stürmer in Deutschland. Der erste deutsche Nationalspieler jüdischer Abstammung trat sieben Mal für Deutschland an. Als die Nazis an die Macht kamen, hatte Hirsch seine aktive Laufbahn bereits beendet. Bei seinem Verein Karlsruher FV war er ehrenamtlicher Trainer, als ihn der Ausschluss für jüdische Mitglieder traf. 1939 wurde Hirsch zur Zwangsarbeit verpflichtet und im März 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er ermordet wurde.

Gottfried Fuchs, ebenfalls jüdischer Nationalspieler und Re-

kordtorschütze, hatte seine fußballerische Laufbahn beim Düsseldorf FC 1899 begonnen. Fuchs konnte den Nazis entkommen, indem er rechtzeitig nach Kanada emigrierte.

Vom Pomp geblendet

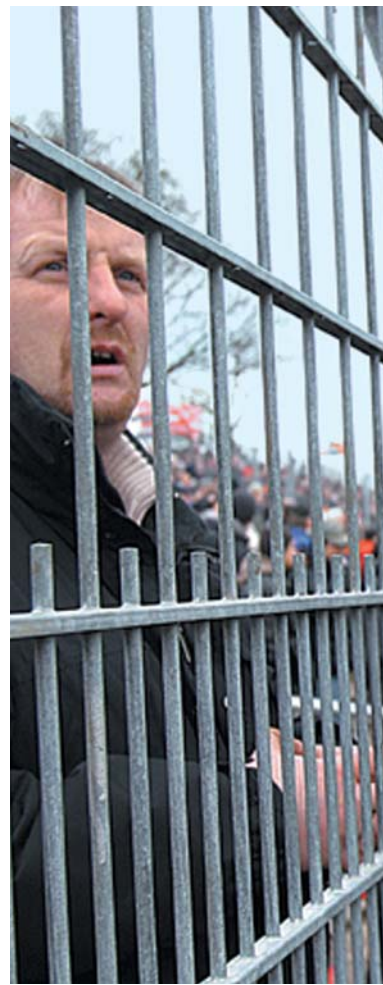
Erst vor wenigen Jahren kam das Schicksal von jüdischen Mitgliedern wieder zutage, deren Ausschluss der DFB damals stillschweigend hingenommen hatte. Die blinden Flecken in der Vergangenheit hat der DFB jetzt mit der Studie des Historikers Nils Havemann aufarbeiten lassen (»Fußball unterm Hakenkreuz. Der DFB zwischen Sport, Politik und Kommerz.« Campus-Verlag, 473 Seiten, Frank-

»Von den bombastischen Massenveranstaltungen und Privilegien verführt.«

furt/New York 2005). »Die Studie zeigt, wie eng der Verband insbesondere in den ersten Jahren nach der »Machtergreifung« mit der nationalsozialistischen Regierung kooperierte, um die eigene Organisation zu erhalten«, sagt Autor Havemann. Man

habe sich von den bombastischen Massenveranstaltungen, der Atmosphäre in den Stadien und den Privilegien für Verband und Vereine verführen lassen. Die meisten Mitglieder des DFB haben nach Einschätzung des Historikers »aus Gedankenlosigkeit, Ignoranz und Opportunismus zur Stabilität der nationalsozialistischen Herrschaft beigetragen«. Als Signal für einen bewussteren Umgang mit der eigenen Vergangenheit hat der DFB den Julius-Hirsch-Preis für Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit gestiftet. Im vergangenen Jahr wurde der Preis erstmals an Bayern München verliehen für sein Freundschaftsspiel des U 17-Teams gegen eine israelisch-palästinensische Jugendauswahl. Während des Dritten Reichs hatte sich Bayern München lange gegen die Vereinnahmung durch die Nazis gewehrt, die den jüdischen Vorsitzenden Kurt Landauer in die Emigration getrieben hatten. Erst 1943 gelang es einer nationalsozialistischen Fraktion, sich beim FC Bayern durchzusetzen.

Martina Helmerich



»Zu einem mittelständischen Unternehmen gehört eben auch ein Betriebsrat.«

Sven Brux

Bei den Bundesliga-Vereinen sind rund 31 000 Menschen direkt oder indirekt beschäftigt. Nur wenige werden von Betriebsräten vertreten. Den ersten wählten die Beschäftigten des FC St. Pauli. Auch bei Borussia Dortmund und 1860 München redet die Belegschaft nun mit.

Hitlergruß zum Anpfiff: Die Nazis instrumentalisieren den Sport für ihre Ideologie



Foto: Picture Alliance / ASA / Schirmer Sportfoto



Fotos: Cordula Kropfle

Mitbestimmung in der Liga

Betriebsräte im Spiel

A«n diesem Arbeitsplatz packt jeden das Fußballfieber. Jedenfalls hat Petra Stüker noch niemanden kennen gelernt, den es am Ende nicht erwischte hat. »Selbst wer hier anfing und sich überhaupt nicht für Fußball interessierte, war am Ende begeistert.« Seit 25 Jahren arbeitet sie beim Bundesligisten Borussia Dortmund (BVB). Seit zehn Monaten ist sie Vorsitzende des Betriebsrats – dem ersten in der Geschichte des Vereins.

In der Bundesliga ist Borussia Dortmund zurzeit der einzige Verein mit Betriebsrat. Auch in anderen Ligen sind sie selten. Vielleicht, denkt Petra Stüker, sehen viele ihren Arbeitgeber nicht als normales Unternehmen, sondern mehr als ihren Verein. Doch das sei trügerisch. »Die Vereine unterscheiden sich nicht von anderen Arbeitgebern. Wenn es finanziell eng

wird, bleiben immer zuerst die kleinen Leute auf der Strecke.« Für die rund 190 Beschäftigten des BVB gab es schon seit Jahren keine Gehaltserhöhungen mehr. »Die Spieler haben sich dumm und dämlich verdient«, sagt Petra Stüker, »und beim Rest wurde gespart.« Das will der Betriebsrat ändern. Wenn es dem Verein finanziell wieder besser geht, sollen auch die Beschäftigten etwas abbekommen.

Buntes Vertragswirrwarr

Petra Stüker ist zurzeit die einzige Betriebsratsvorsitzende bei einem Bundesligaverein – die erste war sie aber nicht. Den Vorreiter in Sachen Mitbestimmung spielte im Fußball der FC St. Pauli. Dort wählten die Beschäftigten bereits vor vier Jahren einen Betriebsrat. Damals spielten die Hamburger noch in der ersten Bundesliga. Für Sven Brux, Betriebs-

Sven Brux, Betriebsratsvorsitzender und Organisationsleiter beim FC St. Pauli in Hamburg

ratsvorsitzender beim FC St. Pauli, war die Sache ganz einfach: »Unser damaliger Präsident wollte den Verein wie ein mittelständisches Unternehmen führen. Und ein mittelständisches Unternehmen braucht einen Betriebsrat.«

Wie Recht er hatte, erfuhr Brux gleich nach seiner Wahl. Die Geschäftsführerin wurde gefeuert – und wandte sich an den Betriebsrat. Mit den sportlichen Misserfolgen ging es auch für die Belegschaft bergab. »Wir sind zweimal in Folge abgestiegen. Da mussten jedes Mal Leute gehen«, erzählt Brux. Die Entlassungen konnte der Betriebsrat nicht verhindern, aber er holte Abfindungen heraus.

Für den Betriebsrat gibt es noch immer jede Menge zu regeln. Viele der 130 Beschäftigten müssen oft

abends und am Wochenende ran. Einen Ausgleich bekommen sie dafür nicht – noch nicht. Als nächstes will sich der Betriebsrat um die Beschäftigungsverhältnisse kümmern. »Hier hat jeder einen anderen Vertrag, je nach dem, von welchem Präsidenten er eingestellt wurde«, sagt Brux. Dieses Wirrwarr will er aufräumen und ähnliche Arbeitsverhältnisse einander angleichen. »Aber es darf sich natürlich niemand verschlechtern.«

Das Thema Vertragsvielfalt kennt auch BVB-Betriebsrätin Petra Stüker. Ihr Fazit nach zehn Monaten im Amt: »Ich kann nur jedem empfehlen, einen Betriebsrat zu gründen. Und nicht erst, wenn es dem Verein schlecht geht.« Dennoch braucht es häufig erst eine Krise, wie auch das Beispiel des Zweitligisten 1860 München zeigt. Erst Ende Mai wählten die Beschäftigten dort einen Betriebsrat. Zuvor hatte ihr Arbeitgeber vor allen Dingen mit Finanzschwierigkeiten Schlagzeilen gemacht. Spätestens in der Krise zeigt sich: Fußballvereine sind zwar nicht ganz alltägliche Arbeitgeber, aber eben doch Arbeitgeber. ◀

Fabienne Melzer





Marktmacht Fifa

Das Geschäft **rollt**

Wenn im Juni die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland angepfiffen wird, steht ein Gewinner bereits fest: die Fifa. Rund 1,6 Milliarden Euro bringt dem Welt-Fußball-Verband mit Präsident Joseph Blatter an der Spitze die Vermarktung der Spiele.

Das hatten sich die Fußballstrategen aus der Schweiz fein ausgedacht. Der Internationale Fußballverband (Fifa) ließ sich Begriffe wie »Fußball WM 2006« markenrechtlich schützen und fortan sollte in Deutschland kein WM-2006-Brötchen, -Bier oder -Schokoriegel über die Ladentheke gehen, ohne dass es in den Kassen der Fifa klingelte. Erst kurz vor WM-Start stoppte der Bundesgerichtshof (BGH) den Markenrechts-Feldzug der Fifa durch Deutschland und entschied, die Marke »Fußball WM 2006« zu löschen.

Landauf, landab jubelten Kommentatoren über die Schlappe des Fußballriesen. Doch ein echter Sieg ist es wohl nicht. »Das Urteil des BGH ist ein Erfolg, aber Rechtssicherheit gibt es nicht«, sagt Rechtsanwalt Patrick Baronikians aus München, der einen der Kläger gegen die Fifa vertrat. Der Fußballverband hatte für diesen Fall vorgesorgt und sich »seine Marken« auch europaweit schützen lassen.

Vor soviel Geschäftstüchtigkeit zieht selbst der Anwalt der Gegenseite den Hut. Einen solchen Aufwand, wie die Fifa um ihre Markenrechte treibt, hat Baronikians noch nicht erlebt. Die Auseinandersetzungen füllen längst eine ganze Reihe von Aktenordnern. Um in Deutschland an die Markenrechte zu kommen, habe der Verband sogar die Politik eingeschaltet. Als die Fifa beim Patentamt nicht so recht voran kam, schrieb sie ans Bundesjustizministerium. Das Ministerium fragte beim Patentamt nach, und

schon ging es mit dem Markenschutz recht schnell, erzählt Baronikians. »Das ist reiner Größenwahn.«

Die Fifa baue ein enormes Druckpotenzial auf, um ihre Markenrechte zu verteidigen, und könnte am Ende sogar die Oberhand behalten. »Blatter ist dreist und hat damit Erfolg.« Zwar sieht Baronikians die Streiter gegen die Fifa als moralische Sieger. Den finanziellen Sieg hat ihr Gegner jedoch längst in der Tasche. Allein die Vermarktung der Fernsehrechte brachte dem Welt-Fußball-Verband rund eine Milliarde Euro. Etwa 700 Millionen Euro kassierte er bei den 15 internationalen und sechs deutschen Sponsoren. Laut Medienberichten kostet die WM die Fifa etwa 600 Millionen Euro. Kein Wunder, dass sie die Exklusiv-Rechte ihrer Sponsoren mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Dabei trieb das Gerangel um die Werberechte in und um die Stadien, mit und ohne WM 2006 so manche bunte Blüte. Da der offizielle Sponsor Hyundai keine eigenen Busse in Deutschland hat, fahren die Mannschaften

in Mercedes-Bussen zu den Spielen. Für den offiziellen Sponsor werden sie allerdings zuvor rundherum mit Hyundai-Aufklebern plakatiert. Auch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber wird wohl nicht im eigenen Dienstwagen ins WM-Stadion fahren, sagt Baronikians. Er muss wahrscheinlich vor dem Stadion in einen Hyundai umsteigen, denn nur diese Fahrzeuge dürfen dort vorfahren.

Mit den Werberechten ging auch die Verpflegung der Fans in die Hände der Sponsoren. Für die Weltmeisterschaft wurde das

Alkoholverbot in deutschen Stadien aufgehoben. Allerdings wollte die Fifa den Fußball-Freunden nur ein Bier servieren – das Bier ihres amerikanischen Sponsors Anheuser Busch, »Bud«. Dabei beanspruchte die Fifa nicht nur das Schankrecht in den Stadien, sondern auch auf öffentlichen Partys in den Austragungsorten. Ein Jahr lang verhandelten die WM-Städte mit der Fifa und bekamen schließlich eine Schankerlaubnis. Auch in den Stadien werden Fans die Wahl haben. Neben Anheuser Busch darf Bitburger

»Fifa-Chef Joseph Blatter ist dreist und hat damit Erfolg.«
Rechtsanwalt Patrick Baronikians

Näherinnen von Transfair-Bällen

Bei der Fußball-Weltmeisterschaft kommen die Bälle mit dem Transfair-Siegel nicht zum Einsatz. Dennoch hoffen die Organisationen, dass auch die Näherinnen von der Veranstaltung profitieren und nicht nur die Fifa.

Foto: TransFair / Nusch





Fifa-Präsident Joseph Blatter. Exklusiv-Rechte der Sponsoren werden mit allen Mitteln verteidigt.

Foto: Reuters / Bucher

sein Bier dort verkaufen. Die beiden Unternehmen einigten sich. Ganz hilfreich dürfte dabei gewesen sein, dass Bitburger im Gegenzug das in Deutschland bestehende Werbeverbot für »Bud« während der WM aussetzt.

In die Röhre schauen bei der WM all jene, die für das Großereignis nicht zahlen wollten oder konnten. So scheiterte der Kölner Verein Transfair mit seinem Versuch, fair gehandelte Bälle in die WM-Spiele zu bringen. »Fifa und DFB blockieren gesiegelte Bälle«, sagt Claudia Brück, Pressesprecherin von Transfair. In einem recht nebulösen Antwortschreiben begründet Fifa-Generalsekretär Urs Linsi die Absage mit der »Preisüberwachung« von Transfair. Für Claudia Brück klingt das wenig überzeugend. »Wir legen überhaupt keine Preise fest. An das Transfair-Siegel sind lediglich bestimmte Produktionsbedingungen geknüpft.« So müssen die Hersteller unter anderem ihren Beschäftigten Löhne zahlen, von denen sie ihre Familie ernähren können.



Zehn Prozent der Einnahmen müssen in soziale Projekte fließen.

Die Absage ist für die Beschäftigten in den Ball-Fabriken der Welt bitter. Schließlich erreicht kaum ein anderes Großereignis so viele Menschen und beeinflusst ihre Kaufentscheidungen. »Die Kinder schauen doch auf die großen Spieler. Deshalb zahlt Adidas ja so viel, um dabei zu sein«, sagt Claudia Brück. Da können Transfair und andere Organisationen nicht mithalten. Barbara Schimmelpfennig, Pressesprecherin der »gepa« in Wuppertal, wundert die Absage nicht. »Wir haben nie erwartet, dass bei der WM mit fair gehandelten Bällen gespielt wird. Da kommt man nicht rein. Es ist klar, wer den Markt beherrscht.«

Ein wenig Glanz der WM fällt allerdings auch auf die Anbieter von Transfair-Bällen ab. Das Fußballfieber hat das Land gepackt und so mancher entdeckt nun den fairen Handel. »Einzelaktionen laufen ganz gut«, sagt Claudia Brück. Der Schreibwarenher-

steller Lamy verlost 25 000 Bälle mit dem Transfair-Siegel und dem Autogramm von Nationalspieler Sebastian Schweinsteiger. In Nordrhein-Westfalen wurde die Kampagne »Fair play – Fair life« von zahlreichen Schulen und Vereinen eingeladen. Deshalb hofft »gepa«-Pressesprecherin Barbara Schimmelpfennig, dass auch die Näherinnen in den Fußball-Fabriken von der WM profitieren und nicht nur die Fifa. ◀

Fabienne Melzer

Maskottchen Goleo – seinem Hersteller, der fränkischen Firma Nici, brachte er kein Glück. Sie meldete Ende Mai Insolvenz an.

Foto: PEP / Plus Koller



Von ganzem Herzen mitgezittert

metall 5/2006: Titelgeschichte
»Der Kampf hat sich gelohnt«

► Von ganzem Herzen möchte ich Euch zu dem Tarifverhandlungsergebnis »drei Prozent und mehr« gratulieren. Ich bin zwar Rentnerin, habe aber mit Euch mitgezittert, dass es gelingt. Es tut mir sehr weh, wie auch die Arbeitsplätze in den Wäschereien, aus der Branche komme ich, in die östlichen Nachbarländer wegen niedriger Kosten verlagert werden. Ich würde mich



Warnstreik in Alfeld: Glückwunsch zum Tarifaabschluss

freuen, wenn Ihr etwas dafür tun könntet, diese Abwanderung ins Ausland zu stoppen. Weiterhin viel Erfolg.

Ingeborg Kriegel, Rostock

► Glückwunsch zum Tarifabschluss von drei Prozent. Leider ist mit diesem rein prozentualen Abschluss in den unteren Einkommensbereichen der Kaufkraftverlust von zwei Prozent nicht auszugleichen. 310 Euro sind zwar auch Geld, werden aber in den Tarifvertrag nicht eingebunden und sind somit für spätere Tarifrunden nicht wirksam.

Günter Wedemann, Amelinghausen

Stütze weggebrochen

metall 5/2006: Zwangsumzüge für Hartz-IV-Empfänger

► In diesem Artikel wurden die Zwangsumzüge für ALG-II-Bezieher und -Bezieherinnen demonstrativ dargestellt. Ich begrüße auch das Statement des Kollegen Schneider vom Bochumer Erwerbslosenkreis der IG Metall.

Ulrich Achenbach, Bochum

► Von der »ARGE« bekam ich kürzlich einen Brief, in dem mir mitgeteilt wurde, dass mir die Zinsen für meinen (ruhenden) Bausparvertrag von meinem ALG II abgezogen werden. Klar-text: Ich spare, und der Staat kassiert die Zinsen. Meine Reaktion war die Kündigung meines Sparvertrags und die Auflösung meines Sparbuchs. Damit ist wieder eine wichtige Stütze der Altersvorsorge weggebrochen.

Klaus Hoffmann, Nürnberg

Gegen den Zeitgeist

metall 4/2006: »Die Rente wird auf Kosten der Beschäftigten saniert«

► Wenn wir Metaller wirklich eine Chance gegen den liberalen

Zeitgeist haben wollen, müssen wir uns als Erstes mit den »Klaus Brandners« in unseren eigenen Reihen auseinandersetzen. Dieser hatte Ende März im Bundestag gesagt: »Wir haben dafür gesorgt, dass die Rentenversicherung bezahlbar und verlässlich bleibt ... Deshalb haben wir die grundsätzliche Entscheidung getroffen, die Lebensarbeitszeit in einer Stufenentwicklung auf 67 Jahre anzuheben.« Mittlerweile erwartet man ja von einem SPD-Abgeordneten kaum etwas anderes mehr, aber dies war Klaus Brandner, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Gütersloh. Wann war der Kollege Brandner das letzte Mal in einem Betrieb?

Michael Scholl, VK-Leiter bei ZF Getriebe, Saarbrücken

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 069-66 93-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund

Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Peter Pagel
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 061 51-89 30 98
E-Mail: pagel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG,
Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de



»Die Leute lernen, Verantwortung zu übernehmen.«

Ali Uzun

Der Metaller Ali Uzun hat in Kiel den Fussball-Club »Inter Türksport« aufgebaut. Rund 400 Menschen aus zwölf Nationen sind Mitglieder. Die Kicker fühlen sich auf dem Intersportplatz zu Hause und wollen zeigen, dass sie ein Teil der Gesellschaft sind.



Foto: Kristina Jentzsch

Zu Besuch bei

Ali Uzun

metall sprach mit dem Vorsitzenden von »Inter Türksport« in Kiel

Der Inter-Sportplatz im Kieler Stadtteil Gaarden, ein Meisterschaftsspiel der B-Jugend gegen Altenholz, Bezirksliga. Die Gäste drücken, und hinter der Platzumrandung runzelt Ali Uzun die Stirn. »Zwei Stammspieler fehlen«, entschuldigt der drahtige Vereinsboss seine Jungs, »Klassenfahrt. Mit einem Punkt wäre ich heute zufrieden.«

Ali Uzun ist Metalller und verdient sein Geld bei der Kieler Werft HDW – als Dolmetscher und Betriebsratsmitglied. Manche füllt so ein Job voll aus. Aber für Uzun beginnt nach Feierabend die »Inter«-Schicht. Womöglich ist die sogar wichtiger als die Werft. »Andere in meinem Alter bauen sich ein Haus«, sagt Uzun, »ich habe unseren Ver-

ein auf die Beine gestellt, mein Lebenswerk.« Rund 400 Kicker aus zwölf Nationen jagen bei »Inter« dem Leder nach. Menschen, sagt Uzun, die anderswo rumgeschubst werden und leiden. Er hat dafür ein feines Gespür. Schon 1973, als er bei HDW auf Dock 7 anheuerte, spürte er die Sorgen seiner Kollegen. »Viele fühlten sich gegen die Wand gefahren, konnten sich nicht einmal auf ihre kulturelle Substanz von zu Hause stützen«. Und dann noch die beginnende Massenarbeitslosigkeit in den 80er-Jahren. Kohl war Kanzler und lockte mit Rückkehrprämien, und viele Deutsche bangten um ihren Arbeitsplatz. Einmal, erinnert sich Uzun, habe er auf einer Veranstaltung daran erinnert, wie sehr Deutsche und Migranten aufeinander angewiesen

**Ali Uzun, Metalller und »Inter«-Vereinsboss:
»Andere in meinem Alter bauen sich ein Haus«**

sein. »Die eigenen Genossen haben mir fast eine Ohrfeige verpaßt«, ärgert sich Uzun.

Heute kicken auf dem Sportplatz am Erich-Kästner-Weg sieben Jugend- und fünf Senioren-Mannschaften, und die Beste hat es bis in die Bezirksliga geschafft. Und jedes Jahr lädt »Inter« zu einem Musikfestival ein, bei dem sich halb Kiel trifft.



Bestätigt »Inter« nicht Vorurteile, denen zufolge Migranten am liebsten unter sich bleiben? Im Gegenteil, sagt Uzun, »bei uns lernen die Leute, Verantwortung zu übernehmen. Sie wollen zeigen, dass sie Teil der Gesellschaft sind.«

Das war mal anders. Kaum ein Türke ging früher davon aus, in Deutschland alt zu werden. Uzun wusste, dass das illusorisch war. »Heimat«, erklärt er, »ist nicht da, wo Du geboren wurdest, sondern da, wo Du satt wirst.«

Das Inter-Gelände symbolisiert für den Metalller auch so etwas wie die Wende. Ein Zeichen, dass Migranten hier zu Hause sind. Auch wenn der Aufbau anstrengend war und städtische Amtsleiter ständig bremsen: »Die wollten uns verhindern, ohne die Hilfe von Heide Simonis gäbe es uns nicht«, ist sich Uzun sicher. Der Metalller lacht inzwischen über die vielen Schikanen. Schließlich hat er sich gegen die »Strolche« durchgesetzt. »Wenn die mich sehen, ziehen sie immer noch die Köpfe ein.«

Klar, auch Migranten haben Fehler gemacht. »Ich musste Leute rauswerfen«, gesteht Uzun. Solche, die die Spielregeln missachteten und in jedem Schiedsrichter-Pfiff einen ausländerfeindlichen Akt witterten. Spieler, die auf dem Platz schnell ausgeflippt sind, hat Uzun auf Schiedsrichter-Lehrgänge geschickt. »Eine Erziehungsphase«, erklärt Uzun, »das zahlt sich aus.«

Das Spiel der B-Jugend steht immer noch null zu null. Die Tafel auf der Bandenwerbung appelliert: »Mein Freund, der Ausländer. Mach meinen Kumpel nicht an. IG Metall Kiel«. Hier lässt sich's leben.

»Gehen wir rein«, sagt Ali und weist Richtung Vereinshaus. Drinnen hängt ein großes Foto an der Wand. Der verstorbene Bundespräsident Rau hält darauf den »Inter«-Wimpel hoch und gibt Ali Uzun die Hand. »Er hat mich für mein Engagement geehrt«, sagt Uzun, »ich musste nach Berlin.«

Fritz Arndt



RECHT so



metall: Die Fußballweltmeisterschaft steht vor der Tür – ein absolutes Großereignis. Viele Fußball begeisterte Kolleginnen und Kollegen möchten entweder live oder vor der Mattscheibe daran teilnehmen. Bekommen sie dafür Urlaub?



Foto: Heide Rost

Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Grundsätzlich gelten während der Fußball-WM die gleichen Regeln wie sonst auch. Der Arbeitnehmer stellt einen Urlaubsantrag und der Arbeitgeber genehmigt ihn, wenn der Betriebsablauf dadurch nicht gestört wird. Verweigert der Arbeitgeber den Urlaub, muss er im Zweifelsfall darlegen, dass er aus betrieblichen Gründen nicht genommen werden kann.

Grundsätzlich bestimmt also der Arbeitgeber, wann der Urlaub genommen werden kann. Aber er muss dabei die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigen. Da in diesem Jahr »die wichtigste Nebensache der Welt« im eigenen Land stattfindet, möchten möglicherweise bei einem wichtigen Spiel viele Arbeitnehmer gleichzeitig frei nehmen. Dann kann der Arbeitgeber wegen Störung des betrieblichen Ablaufs Urlaub verweigern. In diesem Fall empfiehlt es sich, zwischen den Mitarbeitern eine kollegiale Lösung zu finden. Liegt ein Urlaubsplan aller Mitarbeiter vor, der betriebliche Belange ausreichend berücksichtigt, kann sich

der Arbeitgeber kaum verschließen. Gerade während der Fußball WM kann es sein, dass Mitarbeiter Karten für verschiedene Spiele haben und an Einzeltagen Urlaub nehmen möchten. Wenn größere Anteile des Urlaubs so »gestreut« werden, kann ein Arbeitgeber dies ablehnen. Urlaub ist nämlich grundsätzlich zusammenhängend zu gewähren, damit er wirklich der Erholung dient. Unter Umständen fährt der Arbeitnehmer besser, wenn er für die für ihn wichtige(n) Woche(n) Urlaub »am Stück« einreicht. ◀

- ▶ **Weitere Fragen?** Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.
- ▶ **Weitere Infos** zum Thema Urlaub und Arbeiten, Überstunden und Versicherungsschutz während der WM bietet die Hotline des DGB: 01801-442288, montags bis samstags von 7 bis 22 Uhr zum Ortstarif.



+++ FUSSBALL ZUM LESEN +++ FUSSBALL ZU

Unsere Besten

3134 Treffer bieten Online-Buchhandlungen dem Lesehungrigen, der »Fußball« eintippt.

metall hat einige spannende Exemplare ausgesucht.

▶ **Wer ins Stadion geht, muss singen (können).** Wer nicht nur mitbrummen will, ist mit dem ersten Gesangbuch für Fans gut bedient. Versammelt sind hier Hunderte von Liedern aus über 60 Vereinen. Wem es nicht nur um den Gesang geht, kann sich in den kulturhistorischen Aspekt vertiefen: Die Bochumer singen nach alten Bergmannsliedern, und die Freiburger bemühen sogar Beethoven. **Niels Kohlhaas, Sascha Kurth, Sebastian Gump:** »Lieder aus der Kurve – Gesangbuch für Fußballfans«. Europa Verlag, 9,90 Euro ◀

▶ **Fußball an sich ist völkerverbindend.** Aber schön, wenn man sich mit dem Nebenmann aus fernen Landen – wenigstens über das Allerwichtigste –

verständigen kann. Dazu dient das Fußballwörterbuch, das sich in sechs Abschnitten gliedert und uns in ebenso vielen Sprachen (deutsch, englisch, französisch, spanisch, italienisch, portugiesisch) wissen lässt, was »Ab-seits« anderswo heißt. **Pons Fußballwörterbuch in sechs Sprachen.** 4,95 Euro. Das Wörterbuch gibt's auch als Download fürs Handy (2,99 Euro plus Übertragungskosten) ◀

▶ **Welcher Spieler war zu Spielbeginn nicht rechtzeitig auf dem Platz – als einziger in der WM-Geschichte?** Wer sagte: »Ich zahl ihm die Jackettkronen«? Das kleine buntgemischte Lexikon gibt Auskunft über unvergessene Spiele und Tore, Stars und Skandale. **Oliver Noelle:** »Das kleine Lexi-

Meldungen

Otto Brenner Preis 2006 Wettbewerb

»Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten« – unter diesem Motto veranstaltet die Otto Brenner Stiftung zum zweiten Mal einen Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten.

Oft werden gesellschaftlich relevante Themen nicht ausreichend in der Öffentlichkeit behandelt, weil sie nach Meinung von einigen Medienvertretern unbedeutend sind. Ziel des Wettbewerbs ist es, Beiträge zu prämiieren, die sich von der breiten Masse der Berichterstattung durch eine gründliche Recherche unterscheiden.

Sie sollen in Sprache, Stil und Darstellung Maßstäbe setzen. Und Journalisten ermutigen, gegen den Mainstream zu schreiben.

Einsendeschluss für alle Bewerbungen ist der 31. Juli 2006 (es gilt der Poststempel). Es können Beiträge eingereicht werden, die nach dem 1. August 2005 in deutscher Sprache erschienen sind – ungeachtet des Mediums, Themas, Ressorts oder Genres sowie der Länge. Es werden nur Einsendungen berücksichtigt, die auf dem offiziellen Bewerbungsbogen eingereicht wurden. Mehr zum Wettbewerb und den Einsendebedingungen unter www.otto-brenner-preis.de ◀

Foto: Martin Parr / Magnum Photos



Fußball ist für Fotografen immer eine Herausforderung. Auch die ganz Großen – wie hier Martin Parr – haben Ball, Spieler und Zuschauer eingefangen. Die besten Fotos in dem handlichen Bildband der Agentur Magnum.

Magnum Fußball. Phaidon Verlag, Berlin 2006, 14,95 Euro. www.phaidon.com

kon der Fußballrekorde«. Knaur Taschenbuch, 6 Euro ◀

► **Adrian Pfeffer spielt Fußball.** Aber schlecht. Deshalb betet er, der Fußballgott möge ihm zur Hilfe eilen – was der schließlich tut.

Er macht aus Adrian einen Ausnahme-Kicker, der eigentlich weiterhin den alten Rumpelfußball spielt, aber dann in jedem Spiel den einen, nötigen genialen Moment hat. Aufstieg und Fall im Fußballer-Leben, witzig erzählt

von dem Autor, der schon mit »Maria, ihm schmeckt's nicht« Leser glücklich machte. **Jan Weiler, Hans Traxler (Zeichnung): »Gibt es einen Fußballgott?«. Kindler Verlag, 7,90 Euro ◀**

► **Galeano lässt die Worte tanzen wie einst Pele den Ball auf dem Fuß.** So steht's im Klappentext des Buchs – und es stimmt.

Eduardo Galeano, Autor aus Uruguay und Fußballnarr, erzählt die Geschichte des Fußballs mit spielerischem lateinamerikanischem Akzent. Was er liebt: Schönheit und Eleganz des Fußballs, was er hasst: Profit und pures Effizienzdenken.

Eduardo Galeano: »Der Ball ist rund«. Unionsverlag, 9,90 Euro ◀

► **»Hauptsache Italien – egal ob Mailand oder Madrid.«** Auf und neben dem Platz werden jede Menge Sprüche gemacht. Manche mit scharfer Zunge, andere sind verrückte Versprecher. Gut, dass es sie nun zum Nachhören gibt, gesprochen von (Schauspiel-)Profis, aber auch als O-Ton von Beckenbauer, Völlner, Matthäus und anderen.

»Ich habe fertig – Die besten Sprüche des Fußballs im O-Ton«, gesprochen von Ulrich Sonnenstein und Martin Maria Schwarz. DHV – Der Hörverlag, 9,95 Euro ◀

Arbeitslosengeld II Angleichung

Die Regelsätze des Arbeitslosengelds II für Menschen in den neuen Bundesländern werden auf das Niveau in Westdeutschland angehoben. Ab 1. Juli dieses Jahres erhalten Alleinstehende und Alleinerziehende monatlich nunmehr 345 Euro, Paare 311 Euro und Kinder unter 14 Jahren 207 Euro. Für Kinder zwischen 14 und 17 Jahren sowie ledige Erwachsene bis 25 Jahre, die im Haushalt ihrer Eltern leben, wird der Satz auf monatlich 276 Euro gesenkt. Sie gehören nunmehr zum Haushalt ihrer Eltern und bilden eine Bedarfsgemeinschaft mit gegenseitiger Einstandspflicht. ◀

Taschengeld Mehr Euros

Erwachsenen fällt es schon schwer, mit ihrem Geld richtig Haushalten zu können, vielleicht auch deshalb, weil sie es als junger Mensch nie richtig gelernt haben. Hilfe bekommen Kinder und Jugendliche jetzt auf der Homepage **www.taschengeldgangster.de**. Dort gibt es viele Tipps gegeben jede Menge Tricks. Zum Beispiel von Paula Mini Money, Deutschlands erster Taschengeld-Detektivin. Außerdem können Kinder über ein Taschengeldtraining lernen, ihre Einnahmen und Ausgaben besser zu kontrollieren, aber auch ein paar Euro für spätere Wünsche zu sparen. ◀

Pflegekosten Besser absetzbar

Familien können die Betreuungskosten für pflegebedürftige Angehörige rückwirkend ab Anfang 2006 besser von der Steuer absetzen. Bedürftige und Steuerpflichtige, die ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen bezahlen, profitieren jetzt zusätzlich, wenn sie hohe Aufwendungen haben, die über die Leistungen der Pflegeversicherung hinausgehen.

Bereits bisher konnten 20 Prozent der Aufwendungen für Pflege- und Betreuungsleistungen als haushaltsnahe Dienstleistungen bis zu einem Höchstbetrag von 3000 Euro von der Steuer abgesetzt werden. Maxi-

mal 600 Euro wurden bis zum Jahr 2005 erstattet. Ab 2006 verdoppeln sich die Beträge.

Die Steuerentlastung beträgt 20 Prozent der Aufwendungen bis zu einem Höchstbetrag von 6000 Euro, also maximal 1200 Euro. Voraussetzung: Die Person ist pflegebedürftig im Sinne der sozialen Pflegeversicherung oder für sie werden Leistungen der Pflegeversicherung erbracht. Begünstigt sind ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen. Diese müssen im inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen oder der pflegebedürftigen Person durchgeführt werden. ◀



Altersvorsorgewirksame Leistungen

Baustein für sicheres Polster im Alter

Wer in der Metall- oder Elektroindustrie arbeitet, kann jetzt besser fürs Alter vorsorgen: Möglich macht das ein neuer Tarifvertrag.



Ab Oktober können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 319 Euro und acht Cent im Jahr für eine zusätzliche Rente investieren, bezahlt vom Arbeitgeber. Auszubildende erhalten 159,48 Euro. Das sind exakt die Beträge der »Vermögenswirksamen Leistungen«, die viele Beschäftigte bisher erhalten. Der letzte Tarifvertrag dazu war Ende Januar 2005 ausgelaufen. Weil die Arbeitgeber sich geweigert hatten, ihn zu verlängern. Seit Mai gilt er wieder. Aber ab Oktober sollen die Beträge nicht mehr in Bausparverträge oder Lebensversicherungen fließen, wie bisher. Sondern sie sollen genutzt werden, um die Lücken ein wenig aufzufüllen, die die diversen politischen »Reformen« an der gesetzlichen Rente in die Altersbezüge gerissen haben.

Das sieht der neue »Tarifvertrag für altersvorsorgewirksame Leistungen« vor. Er gilt bis Ende 2012. Jeder, für den die Tarifverträge der IG Metall gelten, hat ab Oktober Anspruch darauf. Wer noch keine vermögenswirksame Leistungen erhält, sollte sie als Leistungen zur Altersvorsorge bei seinem Arbeitgeber beantragen. Sie stehen ihm zu. Wer das nicht tut, verschenkt Geld. Für die, die noch keinen Vertrag über vermögenswirksame Leistungen haben oder deren Verträge bald auslaufen, gibt es drei verschiedene Möglichkeiten, den Betrag anzulegen. Was sich am meisten rentiert, hängt zum Beispiel davon ab, wie hoch das Einkommen ist, ob und wie viel Kinder jemand hat oder ob seine Firma schon ein gut ausgebautes Betriebsrentensystem hat.

Modell Private Rente

Private, kapitalgedeckte Zusatzrenten fördert der Staat mit Zulagen oder Steuervergünstigungen. Das ist die so genannte Riesterförderung. Man muss sich beraten lassen, was günstiger ist. Die

Altersvorsorgewirksame Leistungen: »Lücke schließen«

höchste Zulage liegt zurzeit bei 114 Euro jährlich pro Erwachsenen und 138 Euro je Kind. Soviel gibt es aber nur, wenn der investierte Betrag mindestens drei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens aus dem Vorjahr ausmacht. (Ab 2008 steigt die Höchstzulage auf 154 Euro und 185 Euro je Kind, wenn vier Prozent des Vorjahreseinkommens für die private Rente abgezweigt wird.) Die 319 Euro sind zwar zu wenig, um die höchste Zulage zu erhalten. Sie können aber aus dem eigenen Portmonee aufgestockt werden. Das gilt auch für die, die statt Zulagen den steuerlichen Bonus in Anspruch nehmen. Insgesamt sind 1575 Euro im Jahr als Sonderausgaben absetzbar.

Vorteil der privaten Zusatzrente: Weil die Politiker die private Versicherungswirtschaft begünstigen wollten, verschafften sie ihr ein politisch umstrittenes Privileg: Nach derzeitiger Rechtslage müssen auf die spätere private Rente keine Krankenversicherungsbeiträge gezahlt werden.

Wer diesen Weg wählt, schließt mit einer Versicherung oder Bank einen Vertrag ab und teilt seinem Arbeitgeber mit, dass er das Geld dahin überweisen soll. Beim Vertragsschluss werden relativ hohe Gebühren fällig. Darum sollten Interessierte vorher ihre Arbeitgeber fragen, ob sie schon Gruppenverträge mit einem Träger geschlossen haben. Zum Beispiel mit der Metall-Rente, dem gemeinsamen Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall. In diesem Fall sind die Gebühren erheblich niedriger.

Die Privatrente hingegen lohnt sich besonders für Kleinverdiener mit Kindern.

Und sie lohnt sich auch für Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz oft wechseln oder wechseln müssen.

Modell Entgeltumwandlung

Die 319 Euro können auch als Entgeltumwandlung für betriebliche Altersvorsorge genutzt werden. Das ist auch bisher schon möglich. (Der Tarifvertrag, der die Entgeltumwandlung regelt, wurde darum bis Ende 2012 verlängert.) Bei der Umwandlung aus dem Brutto fallen keine Steuern an und bis Ende 2008 auch keine Sozialabgaben. Sie lohnt sich vor allem für Gutverdiener ohne Kinder.

Die Nettoentgeltumwandlung wird genauso gefördert wie die Privatrente: durch Zulagen oder steuerlichen Bonus (Riesterförderung). Auch hier kann ein weiterer Teil des Lohns oder Gehalts draufgesattelt werden, um die Höchstförderung zu erreichen. Sie lohnt sich vor allem für Klein- und Durchschnittsverdiener mit Kindern.

Modell Betriebsrente

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können die 319 Euro auch nutzen, um die vom Arbeitgeber finanzierte Betriebsrente aufzustoßen. In diesem Fall nehmen sie die Leistung nicht in Anspruch, sondern lassen sich dafür eine Rentenzusage ihres Arbeitgebers geben. Voraussetzung dafür ist, dass der Betriebsrat zustimmt und es eine Betriebsvereinbarung dazu gibt. Diese Lösung geht nur für alle Beschäftigten oder bestimmte Beschäftigtengruppen. Es sei denn, die Betriebsvereinbarung lässt zu, dass individuell davon abgewichen werden kann. Vorteil für die Betroffenen: Sie müssen auf die Beträge dauerhaft keine Steuern und Sozialabgaben zahlen. Diese Variante lohnt sich vor allem für Arbeitnehmer, deren Betriebe gut ausgebaute Betriebsrentensysteme haben.

Was ist mit all denen, die noch Verträge mit Bausparkassen oder Lebensversicherungen laufen haben und sie künftig nicht aus dem eigenen Portmonee bezahlen wollen? Oder mit den Älteren, die nicht mehr viel für die Rente ansparen können? Für diese Fälle gibt es Übergangsregelungen. Wer älter als 57 Jahre ist, kann das Geld wie bisher anlegen. Alle anderen können ihre Verträge weiterführen, bis sie auslaufen. Diejenigen, bei deren Verträgen die »erste Halbzeit« schon vorbei ist, können einen neuen Vertrag abschließen. Aber höchstens einen, und auch nur für maximal sieben Jahre. ◀

Sylvia Koppelberg

WO GIBT'S RAT UND INFOS?

► Mündliche Auskünfte

Jeder kann sich an die Personalabteilung seiner Firma wenden.

► Infos der IG Metall im Internet

Einen Flyer der IG Metall mit Informationen zum neuen Tarifvertrag gibt es im Internet unter: www.metall-tarifrunde-2006.de

► Metall-Rente

Informationen des Versorgungswerks von IG Metall und Gesamtmetall stehen im Internet unter: www.metallrente.de
Der Berater vor Ort ist beim Arbeitgeber (Personalabteilung) zu erfragen. ◀

Monatsrätsel...

Organ der Staatsführung	emsig	Stadt in Thüringen	Ureinwohner von Japan	2. Frau Jakobs im Alten Testament	Handlungsweise neuer Stern	akadem. ausgebild. Landwirt	Sammlung von Schriftstücken
8						oriental. Märchengestalt	
		11	Windbluse		15		
schweres Schiffstakel			Quellnympe				
zeitig			4				
	6		Balkonzierpflanze			16	
Papagei		eh. bras. Fußballer			jap. Kimonogürtel		
ich (lat.)		elf (frz.)			Nordosteuropäer		9
			unbestimmter Artikel	Verwertungsgesellschaft Wasserrettung (Abk.)			Kurort am Lago Maggiore
demokratisches Gemeinwesen	Missgunst	24. griech. Buchstabe		14	Stadt im Süden von Nordrhein-Westfalen	Autokz. von Braunschweig Liebe (ital.)	
					7		
			Stadtteil v. München				Monatsname (Abk.)
Vorzeichen, Vorbedeutung		Düsseldorfer Bier	Alter (engl.)			englisch: eins	
eingeladener Besucher			Autokz. v. Starnberg				
				griech. Spezialität			
				italien. Bejahung			1
						biblische Stamm-mutter	
			2				10
Zucker in Biermaische	Figur in der "Zauberflöte"						

Lösungswort Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2006 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus April 2006: Milliardenkürzung

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

Der Zusatzgewinn im April 2006:
Je ein IG Metall-Fußball geht an:
 Abdi Baytas, Köln
 Walter Pawel, Flensburg

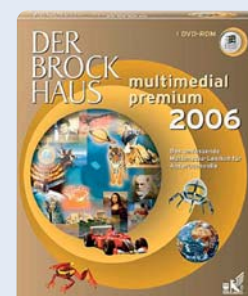
Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis:
Vier Übernachtungen für vier Personen im IFA Ferien-Centrum Südstrand in Burg auf Fehmarn

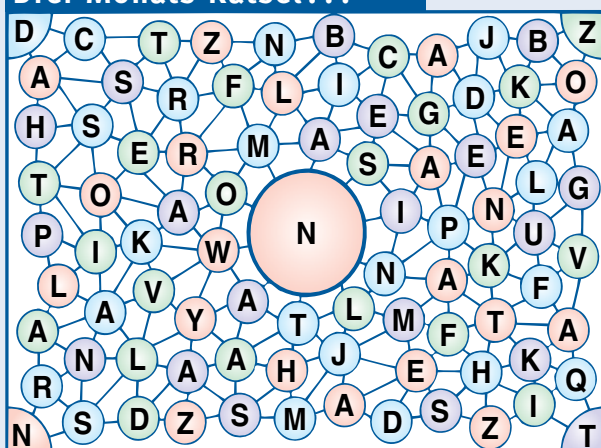
2. Preis:
Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis:
Eine DVD-Ausgabe des neuesten Brockhaus-Lexikons

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 6



Beginnend in einem der oberen Eck-Viertelkreise können Sie im Labyrinth den dritten Teil unseres Kettenrätsels ermitteln, indem Sie über die Verbindungslinien der Kreise immer den richtigen Anschlussbuchstaben suchen, der im weiteren Verlauf einen Sinn ergibt, so dass Sie schließlich beim N im Mittelkreis enden.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 4 bis 6** auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2006 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** gewinnen. Und als Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von **56 Euro**.



Das gehört zu unserer täglichen Arbeit:

- Wir sorgen uneingeschränkt für Sauberkeit und erinnern auch unsere Kollegen daran.
- Wir achten auf unser eigenes Auftreten (Arbeitskleidung, sauberer Arbeitsplatz und sauberes Umfeld).
- Wir sind pünktlich und zuverlässig.
- Wir sind engagiert und flexibel betreffend der Arbeitszeit.
- Wir beachten das Rauchverbot im gesamten Unternehmen (auch in den Toiletten) und nutzen die Raucherecken.
- Während der Arbeitszeit gilt im Unternehmen Handyverbot.
- Die Kantine ist ein Ort der Erholung, der Pause und der Kommunikation. Die Kurzpause am Vormittag und die Mittagspause werden nur dort verbracht.
- Grundsätzlich werden Speisen und Getränke nur in der Kantine eingenommen. Auch hier gilt natürlich das Gebot der Ordnung und Sauberkeit.

Aushang der Firma Chiorino, Mainz



Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter,

nachdem wir von Euch allen die Zusage bekommen haben, dass diese leidige Geschichte, einen Betriebsrat zu gründen, die auch den Ruf unserer Firma aufs Äußerste in Mitleidschaft gezogen hat, lt. Aussage von Christian Söllner jetzt endgültig vom Tisch ist, kann ich allen versichern, dass es diesbezüglich keinerlei Auswirkungen gegen einzelne Mitarbeiter haben wird.

Wir werden von Seiten der Familie Söllner einen Strich unter diese (schlechte) Geschichte ziehen und weiterhin in alter Weise gut miteinander arbeiten.

Die Maßnahmen, die wir jetzt ergriffen haben, teilt Euch unser Sohn Christian mit.

Also, weiterhin frohes Schaffen und gute Zusammenarbeit!

Familie Söllner

Ralph Söllner

Cordula Söllner

Christian Söllner

Aushang der Firma Söllner, Tettau

Welcher Arbeitgeber sucht für 3 bis 4 Wochen URLAUBSVERTRETUNG

auch Sa./So. im Raum RS f. Maschinenarbeit, Versand, Lager usw. FS Kl. 3 vorh., langjähr. Erf. im Speditionsbereich, gute Ortskennt. Velbert, Essen und Umgebung, ich, männl. im festen Arbeitsverhältnis würde dann zu diesem Zeitpunkt Urlaub nehmen und für Sie arbeiten.

Anzeige im

»Remscheider Generalanzeiger«

Suchen

Aushilfskräfte

männl./weibl.
für Palettenfertigung
(rüstige Rentner oder Landwirte)
keine Arbeitslosen

Anzeige in der

»Kötzinger Zeitung«

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von metall-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Alterung – ein Problem?

GERD BOSBACH ÜBER DEN MISSBRAUCH MIT DER DEMOGRAFIE

Täglich kommen die Meldungen: Wir werden immer älter und bekommen immer weniger Kinder. Immer weniger Menschen müssen durch ihre Beiträge die Renten finanzieren. Und nur durch Abbau sozialer Leistungen kann dieses Problem bewältigt werden.

Einem Statistiker wie mir fallen dabei zwei Widersprüche direkt ins Auge. Erstens: Dass wir älter werden und weniger Kinder bekommen, ist nicht neu, sondern ein seit 100 Jahren zu beobachtender Prozess – ein Prozess, der übrigens zurzeit dabei ist, sich abzuschwächen. Und der keineswegs nur uns betrifft. In der Europäischen Union haben zehn der 25 Länder eine niedrigere Geburtenrate als Deutschland.

In der Bundesrepublik stieg das durchschnittliche Lebensalter im 20. Jahrhundert um 30 Jahre. Der Anteil der über 65-Jährigen wuchs dabei auf mehr als das Dreifache. Auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen hat sich rapide verringert. War im Jahre 1900 noch fast jeder Zweite jünger als 20, so ist es heute nur noch jeder Fünfte. Nach der

Logik der heutigen politischen Diskussion hätte das im letzten Jahrhundert zum sozialen Supergau führen müssen. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten: Die Sozialsysteme wurden auf- und massiv ausgebaut. Wirtschaftlich geht es heute allen um ein Vielfaches besser.

Zweitens: Wenn die Botschafter der Angst konkret werden, begründen sie ihren Pessi-

mismus meist mit Prognosen über die Situation im Jahre 2050. Aber kann man wirklich 44 Jahre weit vorausschauen und planen? Hätte

man 1962 den Blick auf heute gewagt, so hätte man fast alles übersehen, was für die tatsächliche Entwicklung wesentlich war: zum Beispiel den Zuzug ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien.

Es lassen sich noch viele andere Widersprüche statistisch belegen. Betrachten wir aber lieber die vermeintlichen Lösungsvorschläge der Politiker.

Rente mit 67: Nur wenige Betriebe beschäftigen noch über 50-Jährige oder stellen gar ältere Arbeitslose ein. Wenn sie das aber täten, würden zwangsläufig noch viel mehr

»Nach der Logik der heutigen politischen Debatte hätte die Bevölkerungsentwicklung schon im letzten Jahrhundert zum Supergau führen müssen. Aber es geht heute allen viel besser.«

Ein Statistiker, der den Wert langer Voraussagen bezweifelt

Sein Lebenslauf

Gerd Bosbach, geboren 1953 in Euskirchen, hat nach dem Mathematik-Diplom im Bereich Statistik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln promoviert. Seit 1999 ist er Professor, heute an der Fachhochschule Koblenz, Standort Remagen. Er lehrt Statistik, Mathematik und Empirik. Forschungsschwerpunkte: Missbrauch von Statistiken,

Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsstatistik, gesundheitliche Versorgungslage. Einblick in die amtliche Statistik und den Umgang der Politik mit diesen Daten erhielt er bei seiner früheren Tätigkeit im Statistischen Bundesamt. In deren Bonner Beratungsstelle beriet er verantwortlich das Finanz- und Wirtschaftsministerium und die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags.



Foto: FM

arbeitslose Jugendliche keinen Einstieg in den Beruf finden. Und auch für die Zukunft ist kein Arbeitskräftemangel erkennbar, da in unserer Gesellschaft noch riesige ungenutzte Potenziale stecken: vom Abbau der hohen Arbeitslosigkeit über wachsende Produktivität (die Arbeitskräfte überflüssig macht) bis zu einem höheren Erwerbsanteil von Frauen. Die Vermutung, dass die Rente mit 67 nur eine indirekte Rentenkürzung bewirken soll – durch höhere Rentenabschläge, liegt auf der Hand.

Panikmache mit falschen Zahlen

Mehr Kinder sind sicher eine Bereicherung für jede Gesellschaft. Aber unsere sozialen Probleme werden damit nicht gelöst. Schon für die jetzigen Kinder und Jugendlichen gibt es nicht genug Betreuungsplätze, angemessene schulische Förderung und erst recht nicht genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Kapitalgedeckte Rentenversicherung ist das angebliche Zaubermittel, um die immer größer werdenden Löcher bei der gesetzli-

chen Rente zu stopfen. Für die Werbung wird sehr viel Geld ausgegeben, werden Wissenschaftler und Journalisten gekauft und ganze Institute gegründet. Dafür wird gelogen, dass sich die Balken bieten. Selbst der für Renten zuständige Minister, Franz Müntefering (SPD), »weiß« angeblich, dass jedes zweite neugeborene Mädchen mindestens 100 Jahre alt wird. Das Statistische Bundesamt rechnet allerdings nur damit, dass jedes 75. Mädchen einmal ein so biblisches Alter erreicht. Münteferings Staatssekretär Anzinger hat erklärt: »Sie (die Geburtenrate) ist nochmals gesunken. ... Das ist weltweit der niedrigste Wert, vom Vatikanstaat abgesehen.« Beides ist falsch. Weiß das zuständige Ministerium es nicht besser oder dramatisiert man bewusst?

Um die sozialen Probleme in einer älter werdenden Gesellschaft meistern zu können, müssen einige wichtige Grundvoraussetzungen erfüllt werden. An diesen könnten und müssten Politiker und Wirtschaft jetzt intensiv arbeiten.

Junge Menschen brauchen Bildung und sichere Perspektiven

Erstens: Eine solide Bildung und Ausbildung für alle. Sparen wir hier, wird sich das später rächen. Seit einigen Jahren verzichtet der Staat jährlich auf über 50 Milliarden Euro Steuereinnahmen, um Kapitalgesellschaften und Großverdiener zu entlasten. Angeblich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ohne Erfolg. Die Summen wären in der Bildung besser angelegt. Junge Menschen brauchen wirtschaftliche Sicherheit und die Perspektive eines sicheren Jobs. Andernfalls werden sie kaum optimistisch mehr Kinder in die Welt setzen. Solange die Perspektive Arbeitslosigkeit droht, nützen mehr Kinder auch nichts, um die sozialen Folgen der demografischen Entwicklung zu lösen.

Zweitens: Die Arbeitnehmer müssen angemessen an den erzielten Produktivitätssteigerungen beteiligt werden. Verzicht auf wir darauf, können wir die mehr werdenden Rentner tatsächlich schlecht finanzieren.

Drittens: Wenn die hohe Arbeitslosigkeit nicht abgebaut wird, bleibt unser Sozialsystem auch in Zukunft auf wackligen Füßen stehen. Das hat dann aber nichts mit der älter werdenden Gesellschaft zu tun. Wenn fünf Millionen Arbeitslose zusätzlich versorgt werden müssen, statt selbst den gesellschaftlichen Reichtum zu mehren, ist die Klage über zu wenig Kinder und zu viele Alte nur eine Ablenkung von den wirklichen Problemen. ◀

DEREGULIERUNG IST WEDER SINNVOLL NOCH ERFOLGREICH



► Joachim Jahnke: »Falsch globalisiert – 30 Schlaglichter auf die neoliberale Wirtschaftskonzeption«. **OBS-Schriftenreihe, VSA-Verlag, Hamburg, 2006, 218 Seiten, 14,80 Euro.**

Die Globalisierung läuft falsch. Das kann Joachim Jahnke mit Zahlen und Fakten belegen. Sie brachte bisher vor allem Ängste vor dem Fremden, Massenarbeitslosigkeit, stagnierenden Binnenkonsum und reale Einkommensverluste der Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslosen.

»Noch stehen wir am Anfang der großen neoliberalen Welle«, schreibt Joachim Jahnke in seinem Buch »Falsch globalisiert«. Erst wenn die sozialen Ungerechtigkeiten weiter zunehmen und andere gravierende Schäden aus diesem Prozess resultieren, werden Alternativen ernsthaft diskutiert werden, schreibt Jahnke. Jahnke weiß wovon er spricht. Er war Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London. Er kennt die Fakten und Daten der Globalisierung. In seinem Buch plädiert er deshalb für neue Spielregeln:

► Die alten Industrieländer sollen eine Sozialklausel in der WTO fordern. China beispielsweise wird nicht als Marktwirtschaft

anerkannt, solange dort Streiks verboten bleiben, keine echte gewerkschaftliche Gegenmacht besteht und der Staat in die Steuerung der Außenwirtschaftsbeziehungen manipulierend eingreift.

► Gegen kurzfristig operierende Finanzinvestoren könnte wie in Frankreich und in einigen skandinavischen Ländern die Möglichkeit des Mehrfachstimmrechts für Aktionäre, die ihre Anteile langfristig halten, eingeführt werden.

► Um die ausufernde und das globale Gleichgewicht gefährdende internationale Spekulation abzubremsen, soll die EU entsprechend dem Vorschlag des Nobelpreisträgers und Ökonoms James Tobin eine Steuer auf internationale Devisenbewegungen einführen.

Das Buch von Joachim Jahnke erscheint in der Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung. Die neue Schriftenreihe will in die aktuelle Diskussion eingreifen und Alternativen zum Aktionärsdenken aufzeigen.

Bofinger: Weniger Reformen sind mehr

»Seit fast einem Jahr gibt es keine Reformen mehr und siehe: Der Wirtschaft geht es so gut wie lange nicht mehr«, sagte der Wirtschaftsweisen und Ökonomieprofessor Peter Bofinger anlässlich der Buchvorstellung in der Vorstandsverwaltung der IG Metall in Frankfurt. Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, gab Bofinger recht: »Alle reden unser Sozialsystem kaputt und lassen sich vor den Karren der Versicherungsbranche spannen.«



Bei der Buchvorstellung: Jürgen Peters, Autor Jahnke, Wirtschaftsweisen Bofinger sowie OBS-Geschäftsführerin Elke Eller (von links)



